

# Arbeiter-Zeitung

**Du wirst belogen**  
von der bürgerlichen und  
sozialdemokratischen Presse  
Die nackte Wahrheit erfährst du  
in der „Arbeiter-Zeitung“

**für Schlesien**  
Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale  
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“  
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

**Hauptexpedition:** Breslau 10, Trebnitzer Straße 50, Fernsprecher 460 30, Postfachkonto: Breslau Nr. 544. — **Redaktion:** Breslau 10, Trebnitzer Straße 50 (Vorderhaus), Fernsprecher 439 02. Erscheinung der Redaktion: Montag bis Freitag von 17—18 Uhr. — **Verlagsort:** Breslau. — **Verlag:** Schlesiensche Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau 10, Trebnitzer Straße 50, Fernsprecher 460 30.

## Für 500 Arbeiterfamilien sperret Gemeindevorstand Licht und Wasser

Mit diesen faschistischen Maßnahmen will man streitende Mieter auf die Knie zwingen / Sozialdemokraten haben diese Maßnahmen mit beschlossen / So sieht ihr Volkstumpf gegen Hunger und Elend aus! / Nur die Antifaschistische Aktion sichert euch, werktätige Mieter, eine billige und gesunde Wohnung!

Nieder-Hermisdorf, 15. September. Die am Dienstag abgehaltene Gemeindevorstandssitzung hatte zu dem Mieterstreik Stellung genommen. Unter dem schärfsten Protest der Kommunisten wurden weitere Maßnahmen gegen die Mieter beschlossen. Der in dieser Sitzung gegebene Bericht über den Mietzahlungsstreik richtete sich nur gegen die werktätigen Mieter, die einen durchaus berechtigten Kampf führen. Im ganzen Waldenburger Industriegebiet befinden sich seit dem 1. September 3000 werktätige Mieter im Streit für die Herabsetzung der Mieten, Minderung des Mietvertrages usw. Allein in Nieder-Hermisdorf streiken von 502 Mietern 461.

Die Gemeindeverwaltung hat als erstes Druckmittel gegen die Mieterschaft die Sperrung des elektrischen Lichts durchgeführt. Diese brutale Maßnahme wurde in dem Bericht verteidigt. Man sprach davon, daß die Zuziehung der Schupo bei der Durchführung der Lichtsperrung im Interesse der Mieterschaft (!) und zum Schutze der Angestellten notwendig war. Wir weisen diese Begründung auf das Schärfste zurück.

Um die werktätigen Mieter auf die Knie zu zwingen, hat die Gemeindevertretung gegen die Stimmen der Kommunisten jetzt noch die Sperrung des Wassers ab 19. September beschlossen.

Die Sozialdemokraten haben für diese „soziale“ Maßnahme mitgestimmt, wie sie überhaupt alle vorhergehenden Maßnahmen gebilligt und mit beschlossen haben. Wir fragen die werktätigen Mieter: Haben euch die sozialdemokratischen Führer nicht vor Wahlen immer und immer wieder erklärt, daß sie eure Interessen wahrnehmen werden? In der „Bergwacht“ vom 14. September ist der Aufruf des Hauptvorstandes der Sozialdemokratie „An das deutsche Volk“ erschienen, in dem es u. a. heißt:

„Als Hüterin der wirtschaftlichen und politischen Rechte der arbeitenden Massen ruft die Sozialdemokratie das ganze deutsche Volk zum entscheidenden Kampf gegen politische Diktatur und wirtschaftliche Verflämung.“

Diese Leute rufen zum „entscheidenden Kampfe“ auf dem Papier auf, während sie auf der anderen Seite die streitenden Mieter verraten. Das eine Beispiel dürfte wohl allen denen, die noch glaubten, daß die SPD. nur die Interessen der Werkstätigen wahrnehme, die Augen öffnen.

Der Bericht weist hin, daß das Reichsinnenministerium die bisherige „Milde“ des Gemeindevorstandes kritisiert und folgende Maßnahmen empfohlen habe:

„Sperrung von Gas, Wasser und Elektrizität, Ermittlung der Häufelführer in Baracken oder ausgerangierte Eisenbahnwagen.“

Und diese vom Reichsinnenministerium „empfohlenen“ Maßnahmen haben die sozialdemokratischen Gemeindevorsteher mit beschlossen. Die sozialdemokratische „Bergwacht“ billigt ebenfalls die mieterfeindliche Politik. Und dieses Presseexemplar wird leider noch in sehr vielen Arbeiterfamilien gelesen. Heraus mit dieser Presse, die gegen euren berechtigten Kampf heßt!

Durch die letzte Notverordnung wird die Berechtigung des Mieterstreiks noch weiter unterstrichen. Durch diese Notverordnung sollen schon in den nächsten Tagen die Löhne der Arbeiter und die Gehälter der Kleinen Angestellten und Beamten erneut abgebaut werden, obwohl diese heute nicht mehr das Existenzminimum garantieren. Gelingt es den Unternehmern, die Löhne und Gehälter abzubauen, dann werden weitere Massen der werktätigen Mieterschaft gezwungen sein, die Zahlung der Miete deshalb einzustellen, um erst den fargen Lebensunterhalt sicherzustellen.

Die Sperrung des elektrischen Lichts hat die Nieder-Hermisdorfer Mieterschaft von ihrem berechtigten Kampf nicht abbringen lassen. Gegen die Sperrung des Wassers muß die gesamte werktätige Mieterschaft — Alt- und Neubaumieter — auf das Schärfste protestieren, weil faschistische Maßnahmen auch schon in den nächsten Tagen treffen laun. Die gesamte Mieterschaft muß für folgende Hauptforderungen den Kampf sofort aufnehmen:

1. Beseitigung der Hauszinssteuer und entsprechende Senkung der Mieten.
2. Senkung der Mieten auf zehn Prozent des Einkommens.
3. Kampf gegen jede Ermittlung.
4. Mietsbeihilfen für alle Hilfsbedürftigen.
5. Ratenweise Mietzahlung, da auch die Unterstützung und Lohnzahlungen nur ratenweise erfolgt.

Die werktätige Mieterschaft muß ihre Forderungen in roter Einheitsfront durchsetzen. Nur die Antifaschistische Aktion der proletarischen Mieterschaft sichert ihnen eine zu tragbare Mietsatz menschenwürdige Wohnung!

## Löwen-Maul plus Hasen-Herz

Unterricht über „Demokratie“

Wir Kommunisten sind grundsätzlich Feinde der bürgerlichen „Demokratie“ und des Parlamentarismus. Das ist bekannt. Wir sagen den Massen: nicht im Parlament, sondern nur durch euren außerparlamentarischen Kampf werden eure Interessen durchgesetzt. Aber wer etwa behaupten wollte, wir wüßten nur deshalb nicht die „ausgezeichneten Vorzüge“ dieser Einrichtung zu schätzen, weil wir sie nicht zu hantieren verständen, der würde sich nur lächerlich machen. Denn die eine Reichstagsitzung, die letzte, hat das zur Genüge bewiesen.

Der kommunistische Vorstoß in der letzten Reichstagsitzung, dessen wohlbedachten Plan und dessen glänzende Durchführung durch den Genossen Torgler auch die Feinde anerkennen mußten, hat all die alten Parlaments-Routiniers so auf den Beinen geladen und sowohl die alten wie die neuen „Verteidiger der Demokratie“ so aus den Lumpen geschüttelt, daß sie sich bis heute noch nicht wieder davon erholt haben.

Dieser Montag im Reichstag war eine glänzende Probe für den revolutionären Parlamentarismus, d. h. für die Ausnutzung des bürgerlichen Parlaments für den Kampf der Arbeiterklasse. Denn der Kühne Vorstoß der Kommunisten hat nicht nur die Kuhhandelei der Nazis und des Zentrums samt ihren Koalitionseplanen vorläufig zerklüftet, sondern auch die Pläne der Regierung durchkreuzt und dem Kabinett Papen eine Niederlage bereitet, die seine Stellung vor dem Inland wie vor dem Ausland stark erschüttert hat. Wenn nicht die kümmerlichen Reste von Anarcho-Syndikalismus in Deutschland, die sich gegen jede Beteiligung am bürgerlichen Parlament wenden, rettungslos vernagelt wären, könnten sie aus jener Reichstagsitzung einiges lernen.

Aber trotz dieser unferer Erfolge, und gerade weil wir dies auf Grund solcher Erfolge um so nachhaltiger tun können, müssen wir die Massen des arbeitenden Volkes aufs eindringlichste vor den verlogenen „demokratischen“ Illusionen warnen, die ihnen jetzt wieder die Verteidiger der „Demokratie“ machen, sowohl die Sozialdemokraten und das Zentrum, die schon 13 Jahre lang „auf dem Boden der Demokratie“ das Volk in das Unglück hineingeführt haben, wie auch die neugeborenen Grabschäfer der „Demokratie“, die Nazis, die jetzt „wie die Löwen“ für die „demokratischen Rechte“ zu kämpfen scheinen.

Ja, seht sie euch nur richtig an, alle diese „Hüter der Demokratie“; dann habt ihr genug von ihnen, und von ihrer ganzen verlogenen „Demokratie“ auch!

Da habt ihr den Herrn Göring, Hitlers Fliegerhauptmann, dessen Wahl zum Reichspräsidenten die braunen „Helden“ gefeiert haben wie die Eroberung Jerusalems. Jetzt ist er schon reingelegt! Erst hat er eine Brandrede gegen die Regierung Papen gehalten, der er einen Verfassungsbruch nach dem anderen an den Kopf warf; eine Stunde später war er bereits umgefallen und erkannte die Auflösung des Reichstags an. Erst hatte er großprohig angekündigt: morgen vormittag wird der Reichstag eine Sitzung halten; aber als Herr von Papen mitteilen ließ, daß er dann die Polizei schicken werde, verließ ihn sein Heldennut. Er benahm sich noch klüglicher als Severing am 20. Juli; er ließ es gar nicht erst so weit kommen, daß ein Hauptmann mit einem Mann anrückte, vor dem er kapitulieren könnte; er kapituliert vorher. Und schrieb Briefe; einen immer schöner als den anderen: jeder Brief ein neuer Rückzug!

Aber die anderen heldenhaften Verteidiger der „Demokratie“ waren wahrhaftig nicht besser. Erst nahmen sie das Maul voll, als ob sie die Regierung Papen in Grund und Boden hinein vernichten wollten. Da redeten sie lähn über alle jene Möglichkeiten, welche sowohl der „Ausstoß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung“ wie der „Auswärtige Ausschuß“ besitzen: die Mitglieder der Regierung als Zeugen vorzuladen, sie im Falle ihrer Weigerung verhaften und zwangsweise vorführen zu lassen. Ja, wohl, solche Löwen waren sie! Aber dann fiel ihnen das Hasenherz in die Kniehosen, und sie krochen ganz jämmerlich zu Kreuze!

Löwenmaul plus Hasenherz: das ist die Fabrikmarke unserer „Verteidiger der Demokratie“. Jetzt sind sie emsig beschäftigt, wieder Frieden zu machen mit derselben Regierung, der sie einen Verfassungsbruch nach dem anderen vorgeworfen haben! Ist das nicht zum Gekn?

Ja, jetzt rufen diese selben heldenhaften „Verteidiger“ der „Demokratie“ das Volk auf, es soll ihnen helfen, die demokratischen Rechte wiederherzustellen; es soll ihnen helfen, die Ministerpräsidenten und Staatspräsidenten zu ernennen, die die Demokratie retten werden.

## Politische Proteststreiks in Hamburg

Hamburg, 15. September. (Eig. Drahtber.) Am gestrigen Tage haben drei Hamburger Betriebe Proteststreiks gegen die Papensche Notverordnung durchgeführt. Die Belegschaft der Firma F. S. Schulte antwortete am gestrigen Mittwoch auf das Inkrafttreten der Papenschen Notverordnung mit einem vierstündigen Proteststreik. An diesem Proteststreik der zu 70 Prozent freigewerkschaftlich organisierten Belegschaft beteiligten sich auch die Lehrlinge.

Die Belegschaft von Lehmann & Hildebrandt führte gestern einen dreiviertelstündigen Proteststreik durch. Die Direktion hat durch Anschlag bekanntgegeben, daß der Lohn um 12 Prozent reduziert wird. Heute früh findet eine Betriebsversammlung bei Lehmann & Hildebrandt statt, in der Kampfmaßnahmen gegen den Lohnabbau beschlossen werden sollen.

Die Belegschaft der Firma Plate & Sohn, Hamburg, führte am gestrigen Tage einen halbtägigen Proteststreik durch, währenddessen ein Kollege eine Ansprache hielt, in der der reaktionäre Charakter der Papenschen Notverordnung gekennzeichnet wurde. Einmütig vertrat die Belegschaft die Auffassung, daß ein neuer Lohnabbau mit dem geschlossenen Kampf beantwortet werden müsse.

Zur Stunde finden in einer ganzen Anzahl weiterer Betriebe Belegschaftsversammlungen statt.

## Zentrum, Papen, Hitler — eine Front!

Berlin, 16. September. (Eig. Drahtber.) Gestern fand eine Sitzung des Reichsparteivorstandes des Zentrums statt. In ihr erklärte der Vorsitzende Prälat Kaas unter anderem: „Mag auch juristisch die Montagsabstimmung über die Notverordnung und das Mißtrauensvotum nicht als rechtswirksam angesehen werden können, als politisches Votum gegen dieses sogenanntes Konzentrationskabinett ist es von einer Wucht, deren Eindringlichkeit sich niemand, der die Dinge sieht, wie sie sind, entziehen kann.“ Unter dem Deckmantel einer oppo-

sitionellen Stellung gegenüber der Papen-Regierung stellt sich damit das Zentrum in Wirklichkeit auf den Standpunkt der Papen-Regierung, wonach die Reichstagsbeschlüsse — Mißtrauensvotum gegen die Regierung und Aufhebung der Notverordnung — unzulässig und unbillig sind. Das Zentrum bezweckt vor allem damit, die Durchführung der Notverordnung zu erleichtern. Weiter erklärt Kaas, „unter Wahrung dessen, was der Konserverierung wert ist, sind wir jederzeit bereit, mit denen, die die Grundlage dieses Staates mit uns bejahen, ehrlich an der Ausgestaltung der Verfassung mitzuarbeiten“. Das Zentrum ist also bereit, mit Papen und insbesondere mit Hitler das faschistische Regime durchzuführen.

Gestern fand eine Unterredung zwischen Loebe und Papen statt, über deren Verlauf weder die bürgerliche Presse noch der „Vorwärts“ etwas konkretes berichten. Die Besprechung, in der es sich um eine Verständigung des Ueberwachungsausschusses mit der Papen-Regierung im Sinne der letzteren handelt, kennzeichnet die Kapitulation der SPD. vor Papen.

## 10 Jahre Zuchthaus für den kommunistischen Arbeiter Berger

Berlin, 16. September. (Eig. Drahtbericht.) Das Berliner Sondergericht verurteilte den 57-jährigen kommunistischen Arbeiter Berger zu zehn Jahren Zuchthaus. Die Nazigeugen erklärten, daß bei den Zusammenstößen, die sich kürzlich ereigneten, Berger geschossen habe. Was Nazi-Auslagen wert sind, kam in der Gerichtsverhandlung selbst zum Ausdruck, wo mehrere Fälle angeführt wurden, in denen Nazi gelogen hatten, sie hätten die eine oder andere Person bei dem Zusammenstoß gesehen.

drangfasteren und anspruchsvolleren können, wie es die herrschende Kapitalistenklasse befehligt.

Die Herren von der SPD. spekulieren gleich doppelt in „Demokratie“: einmal mit Reichstagswahlen, zum anderen mit „Volksentscheid“, und sie versuchen, dem Volke vorzuschwebeln, daß alles so viel besser und schöner wäre, wenn das Volk nur mehr Sozialdemokraten in den Reichstag gewählt hätte. Nach mehr von der Sorte der Seubering, Braun, Geisler, Hildebrand, Brechtel, Eggerstedt, noch mehr von diesen Heiden, die so feige kapitulieren haben? Verteidigt man so die Rechte des Volkes?

Die Herren von der Hitler-Partei spielen eine ebenso erbärmliche Rolle. Als sie noch 12 im Reichstag waren, haben sie ihre Anhänger vertrieben; wartet nur bis nach den Wahlen! Als sie dann 107 waren, haben sie ihren Anhängern gesagt: wartet bis zu den nächsten Wahlen! Als sie dann 230 wurden, haben ihre Anhänger geglaubt: nun werden sie den Kram schon schmeißen! Jetzt aber gehen sie in einen Wahlkampf, von dem Göring vorher gewarnt hat, daß sie dabei 50 Mandate verlieren werden! Wir fragen die werksichtigen Naziwähler: habt ihr euch vorgestellt, daß diese 230 „Heiden“ (in der Mehrzahl SA- und SS-Führer) die Rechte des Volkes so verteidigen würden, wie sie es praktiziert haben?

Verfassungsfragen sind Machtfragen! Dies Wort von Lassalle ist heute noch genau so richtig wie vor 70 Jahren. Wer die Macht hat, hat das Recht! Das ist die Stärke der Regierung Papen: sie hat eine reale Macht hinter sich; darum verachtet sie die ganze „Demokratie“, und die Schwäche der „Verteidiger der Demokratie“ besteht darin, daß sie dieser realen Macht der Papen-Regierung keine andere reale Macht entgegenstellen können!

Gegen die Macht der Papen-Regierung gibt es nur eine einzige reale Macht: das ist die Kampfkraft der Millionenmassen der Arbeiterklasse!

Was es nicht der Herr Leipart vom ADGB, der das Wort gesprochen hat: gegen die Macht der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterklasse kann sich keine Regierung drei Tage halten! Ein großes Wort! Warum aber appellieren die Herren vom ADGB, und von der SPD, nicht an die Macht dieser Millionen?

Es gibt heute in Deutschland nur noch etwa 4½ Millionen freigewerkschaftlich organisierter Arbeiter. Aber es ist klar, daß auch alle Arbeiter, die unter der Führung der KGD und der KFD stehen, sich für einen Kampf gegen die Regierung Papen hundertprozentig in die erste Front stellen werden. Also bitte, meine Herren vom ADGB, was zögert ihr noch? Ach, sie wollen deshalb nicht zum Kampfe der Massen aufrufen, weil sie die diesen Kampf genau so fürchten, wie die Kapitalisten ihn fürchten; sie wollen deshalb diesen Kampf mit allen Mitteln verhindern, weil ihnen jede faschistische Diktaturregierung noch zehnmal lieber ist als die Diktatur der proletarischen Massen!

Wir haben 15 Millionen hinter uns“, schwächen die Nazi-führer. Ja, wo habt ihr sie denn? Warum führt ihr sie nicht gegen die Papen-Regierung? Aber freilich, die Nazi-führer haben die größte Angst vor einem solchen Kampf der Massen, der sich gegen Hitlers Geldgeber, die Kapitalisten, richten würde. Sie brauchen die SA-Proleten ja nur zum Arbeitermord, nicht aber, um gegen die Industriekartelle und Kartoffeljunder und ihre Regierung zu kämpfen!

Wir fragen die Nazi-proleten: könnt ihr euch vorstellen, daß wir Kommunisten, wenn wir 15 Millionen Menschen hinter uns haben, mit irgendeiner Partei, sei es Zentrum oder Hugenberg,

# Militaristische „Jugendertüchtigung“

## Reichsbanner und SA. unter einem Stahlhelm — Vorbereitung zur Zwangsarbeit Junge Antifaschisten vor die Front!

Der Kandidat des Reichsbanners und der Eisernen Front, Hindenburg, hat durch eine neue Notverordnung ein sogenanntes „Reichskuratorium für Jugendertüchtigung“ gebildet. Vorsitzender dieser Organisation ist der Reichsinnenminister Freiherr von Geyl, der eigentliche Leiter jedoch der General der Infanterie a. D. Edwin von Stillingen.

In längeren Erläuterungen zu diesem Erlaß wird bekanntgegeben, daß durch diese Organisation vor allem der „Geländesport“ organisiert werden soll, weil dadurch die „Grundeigenschaften eines wehrhaften Mannes“ am besten bei der Jugend erzielt würden. Zu diesem Zweck sollen sogenannte „Geländesportschulen“ eingerichtet werden. Wie es in diesen Lagern aussehen soll, zeigen die Richtlinien in anschaulicher Weise:

„Durch freiwilligen Gehorsam gegenüber den Leitern der Ausbildung soll die Jugend lernen, sich in stoffe Zucht einzugliedern. Die Gewöhnung an peinliche Ordnung, an Pünktlichkeit, Körperpflege, einfache Lebensweise und Verzicht auf Bequemlichkeit erziehen den Jungmann zur Härte gegen sich selbst.“

Es sind besondere „Ordnungsübungen“ vorgesehen, „um die Jugend an Manneszucht, Gehorsam und Unterordnung zu gewöhnen“. Selbstverständlich sollen alle Teilnehmer an diesen Wehrsportkursen in Einheitskleidung gestellt werden. Wenn man noch hinzusetzt, daß das Ausbildungspersonal nach den Richtlinien der Reichsregierung in erster Linie aus früheren Reichswehrsoldaten und Polizeioffizieren bestehen soll, dann gibt es wohl keinen Zweifel mehr über den Sinn und Zweck dieser neuen Jugendorganisation.

Mit all diesen Maßnahmen soll die Jugend militarisiert werden. Der nicht mehr vorhandene Kasernenhofdrill soll durch einheitliche Ausbildung unter zentraler Leitung eines Generals ersetzt werden. Dadurch hoffen die heutigen Machthaber in Deutschland wohl auch, die besten Vorbereitungen für eine neue Aufrüstung auf Grund der Schleicherschen Aufrüstungsmaßnahmen zu schaffen.

Das ist aber noch nicht alles. In den Richtlinien heißt es:

„Außerdem ist eine enge Verbindung und ein Übergang zum freiwilligen Arbeitsdienst vorgesehen.“ Der Wehrsport dient also der unmittelbaren Vorbereitung auf die Zwangsarbeitslager. Heute schon ist ja der „freiwillige Arbeitsdienst“ mehr oder weniger Zwangsarbeit. Bei den an „Manneszucht, Gehorsam und Unterordnung“ gewöhnten Jungarbeitern werden die Arbeitslager zu Arbeitsjudithäusern werden.

Nach der Notverordnung ist vorgesehen, daß an diesen Maßnahmen alle Jugendorganisationen beteiligt werden, mit Ausnahme der Kommunisten. Die anderen Jugendorganisationen bleiben zwar der Form nach selbstständig bestehen, aber es werden ihnen, wie die Parteikorrespondenz der Nazis schreibt, „Instrukturen vor die Nase gesetzt“. Diese Instrukturen werden zweifellos in erster Linie aus Stahlhelmkreisen stammen. Reichsbanner, Jugend und SA-Truppen werden also unter einem Stahlhelm zusammengefaßt.

Von allen Jugendorganisationen liegt, wie die Reichsregierung mitteilt, bereits eine grundsätzliche Zusage für das Reichskuratorium vor. Höftermann und Hitler, Selbde und die christlichen Jugendführer, sie alle sind einverstanden mit der militaristischen „Jugendertüchtigung“ unter Stahlhelmführung. Kein Wunder, wenn der „Vorwärts“ diesen militaristischen Erlaß der Reichsregierung ohne ein Wort des Kommentars zum Ausdruck bringt. Der „Vorwärts“ ist mit der Reichsbannerführung gemeinsam einverstanden, die Arbeiterjugend dem faschistischen Stahlhelm unterzuordnen.

Jungarbeiter der SA, Reichsbanner-Jungkameraden! Ihr habt in vielen Kämpfen gezeigt, daß ihr antifaschistische Kämpfer seid! Jetzt sollt ihr mit euren Todesküßeln von der SA, mit den faschistischen Stahlhelmsoldaten zusammen erzieren, jetzt sollt ihr unter das Kommando von Stahlhelmsoldaten gestellt werden. Könnt und wollt ihr diese Militarisation mitmachen? Niemand mehr! Darum her zur antifaschistischen Aktion! Schließt die rote Kampf-front gegen den Faschismus, gemeinsam mit euren kommunistischen Jugendgenossen!

oder einer Hetzenklub-Cligue um Ministerfessel schwärmen, um uns in eine Koalition hineinzuschleichen, um uns vorzustellen, daß wir mit 15 Millionen — das wäre fast die gesamte Arbeiterschaft — hinter uns vor den Papen-Schleicher-Geyl zu Kreuze kriechen würden wie Hitler?

Wir Kommunisten sind die einzigen, die imstande sind, der realen Macht der deutschen Bourgeoisie die reale Macht der arbeitenden Klasse entgegenzustellen. Denn wir sind die einzigen, die vor den Konsequenzen des Kampfes der Massen keine Angst zu haben brauchen, die einzigen, welche die Konsequenzen mit allen Mitteln wollen!

Wer also wirklich den Kampf führen will gegen die Regierung Papen, gegen die Klassenherrschaft des faschistischen Finanzkapitals, der Trustkönige und Bankfürsten, die sich auf jene realen Machtfaktoren stützt, von denen wir sprachen, der muß diesen Kampf auf kommunistische Weise, der muß diesen Kampf unter der Führung der Kommunisten kämpfen!

Nicht einmal das geringste von allen jenen „demokratischen

Rechten“, wie etwa Wahlrecht, Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, Koalitionsfreiheit, Tarifrecht, kann anders gesichert werden, als dadurch, daß den realen Machtmitteln des Klassenfeindes die Arbeiterklasse ihre reale Macht entgegenstellt! In diesem Sinne sind wir Kommunisten die einzigen wirklichen Verteidiger der „demokratischen Rechte“. Es ist eine infame Lüge der Herren sozialdemokratischen Grauhüter der „Demokratie“, wenn sie es so darstellen, daß wir diese Rechte preisgeben wollten. Oh nein, wir bekämpfen die „Demokratie“ nicht deswegen, weil wir zurückwollten in das Mittelalter des Absolutismus, sondern weil wir darüber hinauswollten: in die neue Zeit des Sozialismus!

Mit Stimmzetteln und mit „demokratischen“ Phrasen wird der Faschismus, der heute in Deutschland kommandiert, nicht geschlagen. Nur mit dem Einsatz der riesigen Kraft der Millionenmassen! Das wollen wir Kommunisten! Dafür kämpfen wir Kommunisten! Darum, ihr Arbeitenden und Arbeitslosen, schart euch um unser Banner: in der antifaschistischen Einheitsfront schlagen wir den Feind!

# Belegschaft Melchiorgrube macht mobil!

Belegschaftsversammlung einig darüber, daß nur der Streik die einzige wirksame Waffe gegen weitere Verelendung ist — Für Abhaltung einer Betriebsrätekonferenz für das gesamte Revier — Kumpels, macht alle Schächte kampfbereit!

(Betriebskorrespondenz)

Dittersbach, 15. September. Am Montag fand die vom Arbeiter-rat einberufene Belegschaftsversammlung der Melchiorgrube statt. In dieser wurde Stellung zu dem sich aus der Notverordnung vom 4. September ergebenden Lohnabbau und Durchbruchung des Tarifvertrages genommen. Vor vollbesetztem Saal sprach der hellwertende rote Arbeiter-ratsvorsitzende Wittner über die Auswirkungen der Papenschen Notverordnung und die Aufgaben, die vor der Bergarbeiterschaft stehen. Einmütig sprach die Diskussionsredner gegen den bevorstehenden Lohnraub und erklärten: Jetzt müsse Schluss gemacht werden mit der geduldigen Hinnahme weiteren Abbaues an dem ohnehin schon miserablen Lohn! Vollkommen einig sind sich die Melchiorumpels, daß nur der Streik die einzige wirksame Waffe gegen weitere Verelendung ist. Wer aber die Führung des Streiks haben soll, darüber herrschten Meinungsverschiedenheiten. Die freigewerkschaftlichen Betriebsräte erklärten auftragsgemäß, daß sie warten werden, bis die ADGB-Führer zum Streik aufrufen.

Die Kumpels gaben ihnen deutlich zu verstehen, daß sie bis dahin graue Haare bekommen und die Verelendung noch weiter schreiten würde. Die anwesenden Nazis bewiesen, daß sie die Aufgabe haben, jegliche Kampfbewegung im Betriebe abzubremsen. Sie erklärten, die RZB (Nationalsozialistische Bergarbeiter-Organisation) werde dann erit in den Streik treten, wenn sie von ihrer Reichsleitung dazu aufgefordert wird. Daß das nur eine Phrase ist, das weiß jedes Belegschaftsmitglied. Sie beziehen dieselbe feige Haltung wie die freien Gewerkschaften, die die Arbeiter mit ihrem berechtigten Kampf auf den St.-Nimmerleinstag verrücken wollen. Hier hatte man deutlich gesehen die enge Verbundenheit des ADGB mit den faschistischen Verlagsgemeinschaften. Beide haben die Aufgabe, die Arbeiter-schaft vom Kampf gegen den Kapitalismus abzuhalten.

Trotzdem steure die Belegschaftsversammlung ein Kampfprogramm auf, welches einstimmig angenommen wurde. Des weiteren beauftragte die Belegschaft durch einen einstimmig angenommenen Antrag den Arbeiter-rat, sofort sich mit den Betriebsräten des Walden-burger Industriegebietes in Verbindung zu setzen, zwecks Einberufung einer Gesamt-Betriebsrätekonferenz. Gegen 2 Stimmen wurde eine

Protektion angenommen, die sich gegen den bevorstehenden Lohnabbau richtet und zur Verhinderung des Lohnabbaus den Streik ankündigt.

Die Nazis erklärten bei den Abstimmungen, daß sie nicht mit abstimmen dürfen (!), da sie von ihren Auftraggebern (den Unternehmern) ihre Richtlinien erhalten.

Kampfabstand der Melchiorgrube! Ihr habt den ersten Schritt getan zur Mobilisierung des Kampfes. Nun müßt ihr weiterfahren! Die Führung des Kampfes könnt ihr nur allein in die Hände nehmen. Nicht der ADGB, wird euch aufrufen, euren Lohn zu verteidigen, sondern ihr als Belegschaft müßt euch durch die Wahl eines Kampfausschusses, in dem die besten von euch, ganz gleich welcher Organisationszugehörigkeit, die Führung des Kampfes übernehmen. Nur dann verbürgt der Kampf den Sieg!

## Das Kampfprogramm

1. Gegen jeden Pfennig Lohnraub, gegen jede Verschlechterung in der Knappigkeit und dem Tarifvertrage.
2. Gegen Ueberarbeitszeitabkommen, für Siebenstundenschicht bei vollem Lohnausgleich.
3. Gegen jeden weiteren Abzug von Steuern und Mieten vom Lohn.
4. Bezahlung der vollen Arbeitslosenunterstützung im Krümper-Monat.
5. Bezahlung der Lampenreparaturkosten durch die Bewältigung.

## Gemeinsame Not erfordert gemeinsamen Kampf!

„Der Betriebsrat der Melchiorgrube wird beauftragt, mit den Betriebsräten sämtlicher Waldenburger Betriebe in Verbindung zu treten, um zur Einberufung einer Gesamtbetriebsrätekonferenz Stellung zu nehmen.

Begründung: Die Angriffe der herrschenden Klasse gegen unsere Lebenslage zwingt uns zur Abwehr. In vorbildlicher Weise haben die schlesischen Metallarbeiter den Kampf um ihre Lebens-ezistenz aufgenommen. Wir Klassenbewußten Bergarbeiter können unsere Arbeitsbrüder nicht im Kampf allein lassen. Gemeinsame Not erfordert gemeinsamen Kampf!“

# Kampfaufruf an die jungen Bergarbeiter des Waldenburger Hungerreviers

Waldenburg, 15. September. Die Jugendsektion des CBVD und der kommunistische Jugendverband Waldenburg haben einen Kampfaufruf an die jungen Bergarbeiter des Waldenburger Hungerreviers anläßlich der am kommenden Sonntag stattfindenden Konferenz der jungen Bergarbeiter erlassen, den wir auszugswweise wiedergeben:

„Die Notverordnung bringt der Arbeiterjugend das tiefste Elend, während den Schwerkriegsdienern und Profitjähnen noch Hunderte von Millionen Mark in den Taschen geworfen werden. Wenn die Unterneher die Notverordnung voll anwenden, wird unser Lohn um ein Drittel gelürzt. In der Praxis sieht dies folgendermaßen aus: Beträgt zum Beispiel der Schichtlohn eines Jungkumpels 3 Mark, wird er in Zukunft nur 2 Mark erhalten. Für 6 Schichten bekäme er 18 Mark, nach der neuen Notverordnung nur 12 Mark. Diesen Lohnabbau dürfen wir uns als Jungkumpel nicht gefallen lassen. Unsere Lösung muß sein: Kampf gegen jeden Pfennig Lohnabbau! Der Kampf der belgischen und tschechischen Jungkumpels sind leuchtende Beispiele dafür, wie die Arbeiterklasse den Kampf führen

muß. Genau so wie die Jungkumpels von Brig und in Belgien einseitig und geschlossen gekämpft haben, müssen wir Mann für Mann ohne Rücksicht ob junger Christ, Sozialdemokrat oder Kommunist den Kampf gegen die Notverordnung führen. Die Einheitsfront der jungen Bergarbeiter für ihre Interessen ist die Garantie für einen Sieg.

Unsere Kampfforderungen lauten:

Gegen jeden Pfennig Lohnraub, gegen die Verschlechterung der Tarifverträge, für Sechstundenschicht für junge Bergarbeiter bei vollem Lohnausgleich, für die Beförderung der Schlepper zum Lehrhauer bei Zahlung des Lehrhauerlohnes.

Wählt in allen Schächten, Abteilungen und Streben Delegierte zur Jungarbeiterkonferenz am 18. September in Waldenburg. Wählt in allen Betrieben vorbereitende Kampfausschüsse der Jugend.

CBVD-Jugendsektion Waldenburg.  
Kommunistischer Jugendverband Waldenburg.

# Achtung, Genosse!

Hast du die September-Nummer des „Roten Wähler“ schon gesehen?

Der „Rote Wähler“, das Mitteilungsblatt der kommunistischen Reichstagsfraktion, nimmt in seiner September-Nummer Stellung zu den Notverordnungen Papens; er bringt Beiträge von Ersk Longley, Fritz Emrich, Siegfried Kibel, Th. Neuberger, Hans Schröter, Edwin Hörle, Georg Schumann und andere.

Zur Information über die Papen-Notverordnung ist diese Nummer des „Roten Wählers“ unentbehrlich.

Leß und verbreitet den „Roten Wähler“!

## Arbeiterfrauen!

# Eure Kinder leiden Hunger und Not!

Auch sie müssen mitleiden in der antifaschistischen Aktion! Schickt sie zu den jungen Pionieren! Kämpft gemeinsam mit euren Kindern in der Internationalen Kinderwoche vom 2. bis 9. Oktober!

## Streikverschärfung in der polnischen Erdölindustrie

Warschau, 15. September. Die Direktion der Delta Raffinerie „Napha“ in Drogowicz verlor die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Streikbrecher wurden aber von den streikenden Arbeitern vertrieben. Auf dem Werk „Goltzia“ auf dem eine Gruppe von Ingenieuren Streikbrecherdienste leisteten, explodierte ein Dampfessel, wobei auch die Turbinen beschädigt wurden. Die Arbeit der Streikbrecher mußte wieder eingestellt werden.

Auf dem staatlichen Werk „Polmin“ ließ die Direktion 35 Arbeiter festnehmen und gewaltsam im Fabrikgebäude festhalten. Trotz der Drohungen der Direktion weigerten sich aber die festgehaltenen Arbeiter einmütig, Streikbrucharbeit zu verrichten.

Am 10. September wandten sich die Unternehmer der Erdölindustrie an die Gewerkschaftsführer mit dem Vorschlag, ein Kompromißabkommen zu unterzeichnen unter der Bedingung der sofortigen Einstellung des Streiks. Der von der Sozialdemokratie beherrschte Streikausschuss war auch gleich zur Lahmlegung des Streiks bereit, aber die Generalversammlung der Streikenden, an der sich 3000 Arbeiter beteiligten, lehnte eine dahngehende Resolution der Sozialdemokraten mit großer Stimmenmehrheit ab, worauf die Weiterführung des Generalstreiks einstimmig beschlossen wurde.

Der Polizeiterror gegen die revolutionären Arbeiter hat sich während des Streiks in der Erdölindustrie stark verschärft. In den letzten zwei Tagen hat die Polizei in Drogowicz und Borislaw Massenhaftungen durchgeführt und zahlreiche Verhaftungen unter den streikenden Arbeitern vorgenommen. Die streikenden Arbeiter werden angeklagt, „kommunistische Propaganda“ betrieben zu haben.

## Die Solidarität mit den streikenden Baumwollarbeitern

London, 15. September. Der Eisenbahnerverband hat sich verpflichtet, fünf Wochen hindurch 1000 Pfund Sterling dem Streikfonds der Baumwollarbeiter von Lancashire zu überweisen. Bisher wurden von der N.S. über 20 000 Pfund Lebensmittel an die Streikenden entsandt. Aus allen Teilen des Landes kommen Geld- und Lebensmittelsendungen und die Solidaritätsbewegung ist im stetigen Wachsen.

## Wieder Arbeiterdemonstrationen gegen Kriegsmanöver in Frankreich

Paris, 15. September. Während der Luftmanöver in Marseille fand an der Arbeitsbörse eine große von der Kommunistischen Partei geführte Kundgebung der Marseiller Arbeiterschaft statt, an der sich annähernd tausend Personen beteiligten. Die Demonstranten trugen Schmäuse gegen den französischen Militarismus und gegen die Kriegsrüstungen, sowie Schreie auf die Beschlässe des Amsterdamer Antikriegskongresses und auf die kommunistische Partei aus.

## Revolutionärer Volkssturm gegen japanische Räuber in China

Nanking, 15. September. In Nanking herrscht große Aufregung über die Besetzung der Werften durch japanische Marinetruppen, die ihre Stellungen durch Aufstellung von Maschinengewehren verstärkten.

Von englischer Seite werden die Maßnahmen der japanischen Flotte vor Nanking mit den erwarteten Unruhen als Folge der Anerkennung des manchurischen Staates durch Japan in Verbindung gebracht.

# Hier wird angefurbelt!

Nicht im bankrotten kapitalistischen Deutschland, sondern im Lande des sozialistischen Aufbaus

## Dneprostroj vor der Einweihung

Auf dem Dneprostroj steht man vor dem Abschluß der Bau- und Montagearbeiten und in der nächsten Zukunft soll die Einweihung des fertigen Werkes stattfinden. Die schon im Betrieb befindlichen Aggregate arbeiten ohne wesentliche Störungen und haben bis jetzt bereits 23 Millionen Kilowattstunden erzeugt.

Die Montage des fünften Aggregats ist beendet und die Aufstellung des sechsten Generators im Gange. Dieser Riesengenerator wird von Komсомолжен-Brigaden in beschleunigtem Tempo montiert.

Auch im Dnepr-Industriekombinat, das dem Dnepr-Wasserkraftwerk angegliedert wird, kann eine Beschleunigung der Bau- und Montagearbeiten erzielt werden. Im Stahlgußwerk wird außerhalb des Plans die Montage von sechs Schmelzöfen zum Abschluß gebracht. Die Transformatorstation des Ferrolegierungswerkes ist ebenfalls bald fertig und im Hüttenwerk werden schon die Cowper der Hochöfen angestrichen. Im Gebläsewerk ist ein 75-Tonnen-Kran montiert und die Halle des Werkes steht schon unter Dach.

## Neue Wolfram-Erzlager

Im Gebirge Nagol-Tau in Tadshikistan hat die Expedition des „Instituts für seltene Metalle“ unter Leitung von Professor Smoljanin eine Reihe Lagerstätten von Wolframergzen entdeckt.

Der Säuregehalt der Erze erreicht 81 Prozent und übersteigt damit sämtliche bekannten Lagerstätten der Sowjetunion. Die Arbeiten zur Feststellung der Erzvorräte sind bereits eingeleitet.

## Riesenelevator bei Cherson

Bei der Stadt Cherson am Schwarzen Meer ist ein Riesenelevator mit einem Fassungsraum von 50 000 Tonnen dem Betrieb übergeben worden. Während einer siebenstündigen Arbeitschicht entleert der Elevator 120 Waggons mit 2000 Tonnen Getreide, sechs Barren mit 3200 Tonnen und Automobile

mit 210 Tonnen und füllt gleichzeitig ein großes Seeschiff und 20 Waggons. Der Elevator legt demnach in einer Arbeitschicht 7000 Tonnen Getreide um. Der Chersoner Elevator ist der größte in Europa und kostet 7,5 Millionen Rubel. Er nimmt eine Fläche von 57 000 Quadratmetern ein.

Im laufenden Jahre werden in der Sowjetunion noch drei große Hafenelevatoren und 20 Elevatoren in den Kollektivwirtschaften gebaut. Zwei Elevatoren, die ihrer Größe nach dem Chersoner Elevator gleichkommen, werden in Odessa und Mariupol gebaut. Der dritte Elevator, der in Leningrad gebaut wird, ist bedeutend größer als der Chersoner. Die 20 Elevatoren der Kollektivwirtschaften werden jeder 5000 Tonnen fassen.

## Ein neues Walzwerk in Stalingrad

Gegenwärtig wird das neue Walzwerk „Roter Oktober“ in Stalingrad ausprobiert. Es handelt sich um ein Walzwerk für Mittelsorten mit einer Produktionskapazität von 150 000 Tonnen Walzprodukten im Jahr. In dem neuen Walzwerk werden alle Möglichkeiten der Rationalisierung und Mechanisierung bis zum letzten ausgeschöpft sein. Vollkommen mechanisiert ist die Arbeit der Hebelische, der Schneideapparate, der Transportanlagen usw. und die Zahl der Arbeiter ist auf ein Minimum herabgedrückt. Der Walzprozeß beispielsweise, der in anderen Walzwerken mehrere Stunden in Anspruch nimmt, wird hier auf 20 Minuten reduziert.

## Die erste Anlage für künstlichen Regen

Das Leningrader Institut für künstlichen Regen hat die Montage der ersten Anlage in der Welt zur Erzeugung von künstlichem Regen, die eine Mächtigkeit von 75 000 Volt besitzt, vollendet. Die Prüfung der Anlage gab gute Resultate. Gleichzeitig hat die Aufstellung einer zweiten Anlage mit einer Spannung von 200 000 Volt, die mit Hochfrequenzstrom arbeitet, begonnen. Im Rangon der Forsttechnischen Akademie wird ein besonderer Turm gebaut, auf dem die Regenerzeugungsmaschine angebracht werden soll.

# Herriots Antwort an Schleicher

Aufrüstungsforderungen vorläufig abgelehnt / Erst Unterordnung unter französische Kriegspläne

Der Inhalt der französischen Antwortnote auf die deutsche Aufrüstungsforderungen überrascht in keiner Hinsicht. Der französische Imperialismus gibt klipp und klar zu verstehen, daß er sich jeder Gefährdung seiner Vormachtstellung, jeder Gefährdung des Versailles Systems mit allen Kräften widersetzen wird. Bedeutet das etwa, daß Frankreich jede Aufrüstung des deutschen Imperialismus von vornherein ablehnt? Davon kann keine Rede sein. Die ganze Aneidung in der französischen Antwortnote, daß „Frankreich nicht nur bereit ist, etwaige Anregungen Deutschlands zu prüfen, sondern um solche Anregungen bittet“, zeigt ganz eindeutig, daß es sich hier nicht darum handelt, ob Deutschland aufrüsten soll oder nicht, sondern darum, ob der deutsche Imperialismus seine Waffen gemäß den Wünschen des französischen Imperialismus, des Organisations des Antifowjetkrieges, zu verwenden gedenkt. Der französische Imperialismus crachtet die Sicherheiten, die ihm dafür geboten werden, vorläufig als ungenügend.

Wenige Tage vor Uebergabe der französischen Antwortnote schrieb das offizielle Organ der französischen Regierung, der „Temps“, eine französisch-deutsche Verständigung wäre sehr nützlich, jedoch müsse sie zwei Voraussetzungen haben:

1. Welchen Gebrauch gedenkt das Reich von seiner Rüstungsfreiheit zu machen?

2. Welche Sicherheitsgarantien würde die Reichsregierung im Austausch bieten?

Das ist das wahre Problem, um das es dem französischen Imperialismus geht. Frankreich würde einverstanden sein mit der Existenz einer mächtigeren Reichswehr, wenn es die Sicherheit hätte, daß es das deutsche Volk für seine Kriegspläne mißbrauchen kann.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß der deutsche Imperialismus sich bemühen wird, dem Gendarmen von Versailles nach Möglichkeit alle Garantien zu geben, die dieser fordert. Das deutsche Proletariat weiß, daß sich hinter dem Aufrüstungscharakter zwischen Deutschland und Frankreich die Organisation des Weltkrieges gegen die Sowjetunion verbirgt und daß nur durch seinen gemeinsamen Kampf mit den französischen Klassenbrüdern diese Kriegspläne der imperialistischen Räuber zunichte gemacht werden können.

Chinesischen Berichten zufolge rücken große chinesische Freiheitskämpferarmeen auf Chabbin vor. Eine Abteilung stehe etwa 40 Kilometer östlich und die andere 50 Kilometer südlich von der Stadt zum Angriff bereit. Auch bei Kirin finden chinesische Truppenzusammenziehungen statt, die zur Ausrufung des Standrechtes in Kirin geführt haben.

Mike Pell:



Copyright by Internationale Arbeiter-Verlag, Berlin C 25

(40. Fortsetzung)

Slim fuhr fort: „Allright, Kollegen! Als zweiter Vertreter von Dede möchte ich vorschlagen, daß wir einen Deckboy oder Leichtmatrosen nehmen. Die Jungarbeiter müssen im Komitee vertreten sein!“

„Eddie!“ rief es einstimmig.

„Gut! Und du, Eddie, nimmst du an?“

„Jawohl!“

„Nun, ist hier jemand von Dede, der etwas dagegen einzuwenden hat, daß wir beide das Dede im Schiffskomitee vertreten? Ist das der Fall, dann immer loslegen!“

Zuerst sprach niemand. Dann sagte Stanley halblaut: „Das einzige, was ich gegen Eddie habe, ist das stinende Stilleben unter seiner Koje — Schuhe, Socken, Riemen, alles durcheinander!“

„Halt doch die Fresse, oder Quatschlopp!“ schimpfte Eddie, als alles lachte.

„Ich weiß nicht, Junge!“ sagte Slim. „Das ist ein ernsthafter Vorwurf. Wenn du deine eigene Koje nicht sauber halten kannst, dann wirst du es kaum verstehen, wenn deine Kollegen saubere Mannschaftsräume fordern.“

Als Eddie sah, daß Slims Auffassung begründet war, schweig er.

„Allright“, tröstete Stanley. „Wenn Eddie verspricht, daß er den Feudel ein bißchen mehr handhaben will, dann ziehe ich meine Beschwerde zurück.“

Slim blickte Eddie an. Der hatte einen rübenroten Kopf bekommen.

„Her, Junge! Sei keinen Dickkopf auf, wenn man dich ein wenig kameradschaftlich kritisiert.“

„Tue ich auch nicht!“

„Guter Genosse! Allright, boys, zur Abstimmung! Wer einverstanden ist, daß Eddie und ich unsere Abteilung vertreten, soll die Hand heben.“

Alle Hände gingen hoch, außer der des Bootsmanns.

„Wie steht's mit dir, Bootsmann?“

Der Bootsmann machte ein Gesicht wie ein Hamme!

„Soll ich auch dabei sein?“

„Aber klar! Du gehörst doch auch an Dede!“

„Allright! Ich bin einverstanden“, grinste der Bootsmann.

„Nun zur Maschine! Genosse Pitts, du wirst der schwarzen Fakultät bei den Vorschlägen behilflich sein!“

Die Heizer machten ihre Vorschläge. Shorty und Bobby wurden ernannt, um den Maschinenraum im Schiffskomitee zu vertreten.

„Jetzt das Bedienungspersonal!“ rief Slim.

Einige Leute wurden schon unruhig. Die Heizer wollten zurück an die Arbeit. Außerdem waren nicht alle Stewards anwesend.

„Will euch was sagen!“ schlug Slim vor. „Fritz soll zu seinen Kollegen sprechen, wenn sie heute abend vom Dienst kommen.“

Dann, wenn sie ihre Vorschläge gemacht haben, können wir insgesamt über das Schiffskomitee abstimmen lassen.“

Alle stimmten diesem Vorschlag zu.

„Aber es soll dafür gesorgt werden, daß Fritz mit ins Komitee kommt!“ riefen Bobby und Stanley.

„In Ordnung!“

„Heute abend also um zehn wieder in der Messe zusammenkommen! Diejenigen, die Wache haben, bestimmen Vertreter, die die Stimme für sie abgeben sollen. Einverstanden?“

„Alles war einverstanden und die Bordenversammlung wurde vertagt.“

Am 7. Glasen trafen sich die drei von der Bordengruppe mit Fritz im Stewardsozel. Sie berieten sich etwa zehn Minuten und gingen dann ruhig auseinander. Pitts suchte den zweiten Maschinisten auf... wollte den Schlüssel zum Del-Lagerraum holen.

Fritz besuchte den Funker... wollte ein wenig Radio-Musik hören.

XXXVII.

... kriegt man keine Babys!“

Am Abend holte Fritz den Pantrymann, die drei Stewards, den Aufwächter und den Kochsmaat in die Messe. Den Koch konnte er nicht mitkriegen.

Dies war die größte Bordenversammlung bisher. Pünktlich zehn Uhr schlug Pitts vor, einen Vorsitzenden zu wählen. Einstimmig wurde Slim beauftragt. Er schnappte sich eine Blechmütze als Präsidentenglocke und eröffnete die Versammlung.

Fritz ergriff das Wort und setzte den Kollegen die ganze Sache auseinander.

„Che wir vom Bedienungspersonal unsere Kandidaten bestimmen, möchte ich einen Vorschlag machen. In unserer Abteilung haben wir einen Arbeiter aus den Kolonien, den Philippino hier. Ich bin der Meinung, daß wir ihn in unser Schiffskomitee hereinnehmen sollen, um unsere Solidarität mit den Kolonialklaven zu demonstrieren. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ohne Unterschied der Rasse oder der Farbe! Das muß hier unser Leitwort sein!“

„Richtig!“ rief Pitts.

Der braunhäutige Philippino war überrascht. Sein Adamsapfel jumpte auf und nieder, als ob er etwas sagen wollte.

„Beg los!“ ermutigte Shorty ihn.

Aus der Stirn des braunen Nehmannes brach Schweiß.

„Kamerados!“ stotterte er. „Ich danke euch. Ich Philippino bin schlecht behandelt. Sehr schlecht behandelt. — Ebenso meine Kamerados.“

Der Philippino brach ab. Als er aber bemerkte, daß alle interessiert zuhörten, sprach er weiter:

„Ich muß nicht nur Nehmann wie Kamerado Fritz, muß auch Offizierskabine sauber machen, Betten machen, Wasser holen, ja!“

— hier verzog der Philippino sein Gesicht — „Erster verlang, ich muß auch meine Schuhe putzen!“

„Was?“ brüllten empörte Stimmen. Sogar der zweite Maschinist begann zu fluchen.

„Des, Kamerados“, der Philippino geriet in Erregung. „des Kamerados, er zwingt mich, meine Schuhe zu putzen. Das will ich nicht!“

„Seine Schuhe putzen! Warum schmeißt du deine Schweißquanten nicht einfach über Bord?“

„Ich würde dem Hund ganz was anderes putzen!“

Fortsetzung folgt

# Arbeiterherrschaft bringt Arbeit und Brot

Sowjetunion weitaus an erster Stelle im deutschen Außenhandel — Sowjetaufträge vermindern die Erwerbslosigkeit in Deutschland

Sieben ist die amtliche Statistik über den deutschen Außenhandel im ersten Halbjahr 1932 erschienen. Danach ist der gesamte Außenhandel Deutschlands gegenüber dem Vorjahr um 3,2 Milliarden zuzugelassen. Die Einfuhr sank um 1,3 Milliarden.

Dieser Rückgang des deutschen Außenhandels zeigt erneut die ungeheure Tiefe der Krise des Kapitalismus. Der Rückgang verteilt sich gleichmäßig auf alle Warengruppen. In der Einfuhr sind vor allem die Rohstoffe außerordentlich zurückgegangen, ein Zeichen dafür, daß die kapitalistische Wirtschaft in Deutschland immer weniger Waren herstellt. Dasselbe zeigt sich in der Ausfuhr, wo vor allem die Fertigwarenausfuhr zurückgegangen. Nachteilhaft und einsehend verhalten sich die Einfuhrerlöse.

Ein einziges Land gibt es, dessen Außenhandel mit Deutschland nicht gesunken ist: die Sowjetunion. In dem Bericht heißt es:

„An der Ausfuhrentwicklung nach den einzelnen Ländern ist als hervorragendstes Merkmal die Tatsache festzustellen, daß Rußland als einziges Land im ersten Halbjahr 1932 mehr Waren von Deutschland abgenommen hat, als in der ersten Hälfte 1931... Rußland steht damit im deutschen Außenhandel bei weitem an erster Stelle.“

Dieses Einseitigkeit der Kapitalisten unterstreicht drastisch die Tatsache, daß es in dem jetzigen Krisenstadium nur ein Land gibt, das keine Krise, keine Erwerbslosigkeit, keinen Hunger für die Bevölkerung kennt — das ist der Staat, in dem die Arbeiterklasse herrscht. Durch die Aufträge des Arbeiterstaats in Deutschland erhalten hunderttausende Arbeiter Arbeit und Brot. Nach Feststellungen im Reichstag werden durch die letzten großen Russenaufträge 500 000 Arbeiter auf ein Jahr Beschäftigung haben.

Wenn diese Arbeiter erst jetzt Beschäftigung bekommen, dann müssen sie sich bei der Papen-Regierung bedanken, die das Zustandekommen der Russenaufträge monatlich lang verzögert hat. Dadurch konnten erst jetzt die neuen Aufträge der Sowjetunion endgültig abgeschlossen werden. Die Schwerindustriellen Kreise, die hinter der Papen-Regierung stehen, und vor allem die Nazis drängen seit langem auf einen Bruch mit der Sowjetunion. Was ein Zusammenbrechen der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion bedeuten würde, geht aus der amtlichen Statistik eindeutig hervor. Der Ausfall der Sowjetunion im deutschen Außenhandel würde das Hungerdasein der deutschen Arbeiter noch unendlich verschlimmern.

Kapitalistische Barbarei oder sozialistischer Auftrieb, das ist die Frage, vor der die Arbeiter in Deutschland und in allen anderen kapitalistischen Staaten stehen. Daß die Arbeiterklasse sich in steigendem Maße für den Kampf um den sieghaftesten Sozialismus entscheidet, ist für niemand mehr zweifelhaft.

## Die Verfassung der USSR.

Bei der Diktatur des Proletariats ist nicht der Umstand wesentlich und wichtig, daß die Tausende oder Hunderttausende von Unternehmern, Spekulanten und Dorfwohnerern (Kulaken) von der politischen Macht fernhält, sondern daß sie viele Millionen Werkzeuge zur tätigen Mitwirkung am Staatseinbau, an der Gekochgebung und Verwaltung heranzieht und dabei gleichzeitig alle Schranken zwischen den Ständen, Geschlechtern, Nationen, Konfessionen und Rassen niederreißt, alle kulturellen Unterschiede beseitigt und alle Vorurteile ausrottet, die noch im Volke vorhanden sind, seine Kräfte lähmen und der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes hindernd im Wege stehen. Man kann sich leicht davon überzeugen, daß die erste und ernsteste Aufgabe der Sowjetverfassungen darauf gerichtet ist, die von ihnen proklamirte Demokratie nicht zu einer inhaltslosen Formel werden zu lassen, und daß die Segnungen dieser Demokratie auch wirklich den bürgerlichen Klassen zuteil werden.

Die hohen bürgerlichen Rechte und Freiheiten, die von den großen Aufklärungspredigern des 18. Jahrhunderts verkündet wurden

und bisher der Bourgeoisie — nur ihr — vortreffliche Dienste geleistet haben, werden durch die Sowjetverfassungen zum erstenmal wirklich den untersten Schichten des Volkes zugänglich gemacht. Aus ihren bitteren, blutigen Erfahrungen haben die Massen, die die Sowjetrepubliken errichtet und ihre Verfassungen diktiert haben, die Lehre gezogen, daß die Freiheit des Wortes, die in jeder bürgerlichen Verfassung das Auge erfreut, nur dann für die Arbeiter und Bauernmassen einen realen Wert hat, wenn die Abhängigkeit der Presse vom Kapital beseitigt ist.

Die Sowjetverfassungen sind wirklich keine bloßen „feierlichen Gelübde“, an deren Erfüllung niemand ernstlich glaubt. Wer bei uns eine Feiertage des 1. Mai oder des 7. November erlebt hat, . . . wer an diesen Tagen unsere Massenversammlungen, Meetings und Gedenkfeiern erlebt hat, in denen die Bilanz der Vergangenheit gezogen wird und Zukunftspläne entwickelt werden, wer den alltäglichen Sitzungen und Beratungen unserer Gewerkschafts-, Partei- und sonstigen Organisationen beigewohnt hat, auf denen die Arbeiter- und Bauerndelegierten in freier und oft sehr lebhaftem Meinungsaustrausch die Probleme der sozialistischen Wirtschaft und die Tagesfragen des Sowjetlebens erörtern, der wird den oben zitierten Artikeln unserer Verfassung ihren aktuellen Charakter nicht abspreiben können . . .

Während die Bourgeoisie nach Aufgabe der parlamentarischen Regierungsform keinen anderen Erfolg findet wie die unbeschränkte Despotie des Großkapitals, baut das Proletariat in seinem Staat die Volksvertretung auf der neuen Grundlage einer erweiterten Demokratie auf. Hier ist, wie Lenin hervorhob, für einen Parlamentarismus, in dem die Staatsgewalt in eine gesetzgebende und eine ausführende zerfällt, in dem die Verantwortlichkeit der Regierung eine Farce ist, kein Platz. Hier gibt es keine parlamentarische Korruption, deren Auswüchse jedermann nur zu bekannt sind. Die Sowjets erfüllen das Vermächtnis von Karl Marx und folgen dem Beispiel der Pariser Kommune von 1871, deren historische Bedeutung Marx als erster erkannt und erläutert hat: Sie sind vor allem arbeitende Körperschaften und keine Schwabstuden . . .

Bei alledem darf nicht vergessen werden, daß das Sowjet-System ausgeprochen internationalistisch ist. Es hat sich klar und deutlich erwiesen, daß dieses System den verschiedenartigsten nationalen Verhältnissen überall da angepaßt werden kann, wo Proletariat und Bauernschaft sich zum Staat organisieren. Die Verfassung der Sowjetunion ist ein Zeugnis des friedlichen und freundschaftlichen Zusammenlebens unzähliger Nationen . . .

Alle Völker sind gleichberechtigte und gleichgeschlechtete Kinder der Sowjetfamilie, die die große Lösung: Proletariat aller Länder vereinigt euch! tatkräftig verwirklicht.

Auszug aus der Einleitung zur „Verfassung der UdSSR“, Deutsche Ausgabe, Verlag Wols, Moskau 1928.

## Das Gespenst des Hungers steht vor Millionen Menschen

Die neue Nummer der „N.Z.“ leuchtet mit ihren Bildberichten über Amerika im Präsidentschaftswahlkampf in das Hungerdasein der Millionen Erwerbslosen hinein. Amerika und die ganze kapitalistische Welt verläßt durch „Arbeitsbeschaffungsprogramme“, d. h. durch Lohnabbau, Abbau der letzten sozialen Maßnahmen, Subventionen für die Kapitalisten, die Krise zu meistern. — Wir setzen an den weiteren Bildberichten, wie in Thüringen, unter der Herrschaft der Nazis, ein ganzes Dorf betteln gehen muß. — Der Wahnsinn der ganzen kapitalistischen Gesellschaftsordnung wird uns vor Augen geführt, wenn wir die Weibhülle einer riesigen englischen Textilfabrik sehen, die als altes Eisen verchromt werden sollen, weil das profitabler ist, obgleich Millionen Menschen kein Hemd auf dem Leibe tragen. — International ist die Polizei der Bourgeoisie, die, ob in England oder Italien, in Amerika oder Deutschland, überall die gleiche Methode anwendet, um hungrige Mägen zu „beruhigen“. — Und wenn man die Bildberichte der neuen „N.Z.“ über den Stahlhelmtag, insbesondere den Aufmarsch der alten Potentaten sieht, so zeigen diese Bilder, wie das wertvolle Berlin mit roten Rabanen und Hammer und Sichel die Gold- und Silberfabriken „begrißt“. — Das Titelbild der neuen Nummer ist von dem Meister der Photographie, John Heartfield, — ein Bourgeois vor dem Gefängnis — und trägt mit Recht die lateinische Unterschrift „Arbeitsbeschaffung“. Die „N.Z.“ ist für 20 Pf. überall erhältlich.

„beruhigen“. — Und wenn man die Bildberichte der neuen „N.Z.“ über den Stahlhelmtag, insbesondere den Aufmarsch der alten Potentaten sieht, so zeigen diese Bilder, wie das wertvolle Berlin mit roten Rabanen und Hammer und Sichel die Gold- und Silberfabriken „begrißt“. — Das Titelbild der neuen Nummer ist von dem Meister der Photographie, John Heartfield, — ein Bourgeois vor dem Gefängnis — und trägt mit Recht die lateinische Unterschrift „Arbeitsbeschaffung“. Die „N.Z.“ ist für 20 Pf. überall erhältlich.



. . . hinter den verlogenen Agitationsphrasen der Nazis verbirgt sich der entschlossene Kurs auf schlimmste Ausbeutung, auf Zwangsarbeit und Tributversklavung. Du mußt alle Werktätigen darüber aufklären. Umfassendes Material dazu findest du im neuen Mitteilungsblatt der Kommunistischen Reichstagsfraktion,

## DER ROTE WÄHLER

Überall erhältlich. Preis 10 Pf.

**Weine billiger!**  
Wermutwein Liter 70 Pf  
Adeleberg-Ädlerweine Liter 70 Pf  
Adeleberg-Gewürzwein Liter 80 Pf  
**Feige**  
Gottesberg Fellhammer

**Fleisch- und Wurst Richard Krusch**  
Breslau, Adalbertstraße 15  
Klosterstraße 49  
Matthiasstraße 166  
Neue Taschenstr. 30  
Tiergartenstraße 26

**Mar Schönfelder's billige Wochen-Angebote**  
bieten stets beste Gelegenheit zur Versorgung für den Haushalt.  
Ich biete u. a. an:  
1a Bündlinge, fettreifend, dickdünn, allerbeste Qual., das Pfd. 0.27  
Tafelreis, das Pfund zu 0.13, 0.18, 0.19, 0.21, 0.22  
Margarine in 1-Pfund-Würfeln, fabriktisch . . . das Pfund 0.29  
Kofolbutter die 500-Gramm-Tafel . . . 0.29  
Rindertalg in 1-Pfd.-Beuteln 0.35  
Prima Leberwurst mit Fettwürstchen, das Pfund 0.58  
Guls-Pechwurst Sonderqualität, das Pfd. 0.58  
Zerelatwurst i. Fett-, d. Pfd. 1.24  
Prima Rindensped, frisch aus dem Rauch, Pfd. 0.74  
Tilliter Vollfett-Käse, das Pfd. 0.75  
Tilliter Blod-Käse, das Pfd. 0.58  
Edamer Vollfett-Käse, d. Pfd. 0.70  
Sardinen in Öl die Dose 0.23, 0.32 und 0.53  
Ein Sonderangebot in extra feiner Speise-Schokolade die 100-Gramm-Tafel 0.25 5 Tafeln 1.20  
Kafatopulver, garantiert rein, leicht löslich, stark entölt das Pfund 0.63, 3 Pfund 2.—

**Wir liefern Plakate Briefbogen Rechnungen Programme Einlaßkarten Flugblätter Werke Zeitungen Zeitschriften**  
Massenaufgaben in Flach- und Rotationsdruck preiswert

**FORTSCHRITT AG. FILIALE BRESLAU**  
Treibitzer Str. 50  
Telephon 464 55

**Genossen! werbt für eure Presse!**

**Mar Schönfelder**  
Breslau 1, Albrechtstraße 56

## Verboten!

Sind zur Zeit folgende proletarische Zeitungen und Zeitschriften:

- Tageszeitungen:**  
„Rote Fahne“, Berlin (für vier Wochen).  
„Thüringer Volksblatt“, Erfurt.  
„Arbeiterzeitung“, Frankfurt a. M.  
„Volksrecht“, Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz.  
**Wochenschriften:**  
„Die Kämpferin“, Berlin (für vier Wochen), die „Illustrierte Bauernzeitung“, die Wochenzeitungen der Arbeitslosen in sechs verschiedenen Bezirken Deutschlands.

## Periodische Druckschriften:

- „Die Antifaschistische Aktion“ (für 6 Monate!); „Tribunal“, Organ der Roten Hilfe, Berlin; „Der Rote Block“, Funktionärzeitung der Roten Hilfe; „Die Infanz“, Kampfblatt der Antifaschisten; „Der Kampf“, „Der Arbeiter“; „Der Kampf“, Berlin; „Die rote Einheitsfront“ (für 6 Monate); „Der Agitator“ (für 6 Monate!); „Der junge Bolshewik“ (für 6 Monate!).

Schlag auf Schlag führt die Bourgeoisie gegen die kommunistische Presse! Arbeiter, es geht darum, die Freiheit der Herausgabe proletarischer Druckschriften zu verteidigen! Erhebt in allen Betrieben Massenprotest gegen die Unterdrückung der proletarischen Presse! Geh zu Protestaktionen über! Graphische Arbeiter, die ihr seht, wie durch die faschistische Reaktion die Arbeitslosigkeit im graphischen Gewerbe ins Grauenshafte wächst, vor die Front!

Die Frage der Freiheit für die proletarische Presse ist keine Rechts-, sondern eine Machtfrage! Nur unter einem starken Massendruck wird die faschistische Reaktion die Presseverbote aufheben.

## Erkämpft die Freiheit der Arbeiterpresse

**WERTHEIM**  
Breslau Tauenzienplatz  
**Billige Lebensmittel**  
Soweit Vorrat

**Frisches Fleisch**  
Schweinekopfe Pfd. 0.30  
Schweinebauch Pfd. 0.58  
Kalbsbraten Pfd. 0.36  
Kalbsrindern . Pfd. 0.58  
Kalbsrouladen Pfd. 0.70  
Speck, durchgemahl 0.72  
Suppenfleisch Pfd. 0.48  
Gehacktes . Pfd. 0.55

**Wurstwaren**  
Blut- und Leberwurst Pfd. 0.52  
Jagdwurst . . . . . Pfd. 0.84  
Kielbassa . . . . . Pfd. 0.88  
Braunschweiger Art . Pfd. 0.92  
Mettwurst, Berliner . Pfd. 0.99  
Räucherspeck . . Pfd. an 0.74

**Kolonialwaren**  
Vollreis 0.12, Bruchreis Pfd. 0.11  
Glaseris 0.16, Linsen Pfd. 0.14  
Weizenmehl 000 . . Pfd. 0.18  
Auszugsmehl . . . . Pfd. 0.20  
Gerste und Roggen . Pfd. 0.16  
Kakao, rein Pfd. 0.65, 0.58, 0.46

**Konserven**  
Frischfrucht-Marm. 2-Pfd.-E. 0.69  
Vierfrucht-Marmel. 2-Pfd.-E. 0.75  
Fetheringe i. Tomat. Dos. 0.39  
Bratheringe 1-Liter- Dos. 0.56  
Oelsardinen Portionsdose 0.13  
Aprikosen-Pulp 1½-Pfd.-Dos. 2.56

**Käse und Fette**  
Ziegelkäse . . . . . Pfd. 0.22  
Limburger ohne Rinde Pfd. 0.48  
Dän. Schweizer, ¼ fett Pfd. 0.62  
Holländer, vollfett . Pfd. 0.88  
Margarine . . . . 3 Pfd. 0.88  
Griebenschmalz . . Pfd. 0.62

**Obst**  
Kochbirnen . . . . . Pfd. 0.16  
Blaue Pflaumen . . 3 Pfd. 0.28  
Kalif. Gravensteiner . Pfd. 0.33

**Räucherwaren**  
Bücklinge, deutsche Pfd. 0.19  
Makrelen . . . . . Pfd. 0.35  
Merlan . . . . . Pfd. 0.42

Feinster Breslauer 25 % weiß, 1-Litr.-Fl. 1.75  
¾-Litr.-Flasch. m. Glas 1.40  
Echter Würschelburger 32% weiß, 1-Litr.-Fl. 2.75  
1½-Litr.-Flasche 1.50

**Kalbsbrust** Pfd. .58  
**Schweizerkäse .98** bayr. vollfett Pfd.

## PROLETON Tonfilm-bühne

Gabitzstraße 20  
Höfchenstraße 49  
Ab Freitag, den 16. bis Donnerstag, den 22. September 1932  
**Zwei Tonfilm-Ergebnisse!**  
**Frankenstein**  
Ein phantastischer Film vom künstlichen Menschen  
Eine Sensation auf der Bühne:  
**Robert Staar**  
Deutschlands bester Ventriloquist  
Berlin Alexanderplatz  
**Die Geschichte des Franz Biberkopf**  
mit Heinrich George  
**Neueste Tonwochenschau!**  
Beginn um 5 Uhr, letzte Vorstellung um 8.50 Uhr  
Sonntag, den 18. September, 2.30 Uhr, Große Kindervorstellung  
Der Schrecken der Prärien — Großes Tonbeiprogramm  
Arbeiter-Sport-Kartell!

# Große Gefahr für die Eisenbahner im Verzug!

## 20 Prozent Lohn- und Gehaltsabbau droht

Von H. Thwalet

Der § 7 und 8 der Verordnung zur „Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheiten“ der Papen-Schleier-Regierung bestimmt, daß die Unternehmer berechtigt sind, ohne eine Kündigung des Tarifabkommens die tariflichen Lohn- und Gehaltsätze bis 20 Prozent herabzusetzen, „wenn die Erfüllung der tariflichen Verpflichtungen die Weiterführung des Betriebes gefährdet.“

Jeder Mensch wird sich wundern, daß in derselben Zeit, in der angeblich die Papen-Regierung davon spricht, Erwerbslose in den Produktionsprozeß einzustellen, die Reichsbahn 52 000 Arbeiter entläßt. Die Eisenbahner haben diese Mahnahme begriffen. Sie erklärten sofort, daß die Deutsche Reichsbahngesellschaft durch diese Entlassungen, welche mit dem Mangel an Mitteln gerechtfertigt werden, den gesamten Reichsbahnbetrieb als durch die Ausföhrung der tariflichen Verpflichtung gefährdet stempeln will, um so die Möglichkeit zu haben, nach den §§ 7 und 8 der Papenschen Novverordnung die Löhne und Gehälter generell abzubauen zu können.

Am 8. und 9. September tagte die Sitzung des Hauptbetriebsrats bei der Deutschen Reichsbahngesellschaft in Berlin. Dort bekamen die Eisenbahner ihre Befürchtung bestätigt.

Die Hauptverwaltung erklärte, daß die Entlassungen nicht wegen Arbeitsmangel, sondern wegen Mangel an Mitteln durchgeführt werden. Sie erklärt darüber hinaus, daß die Entlassungen noch kein Ende genommen haben.

Im Gegensatz zu der in der Öffentlichkeit propagierten These, daß die Wirtschaftskrise ihren Tiefstand erreicht habe, stehen sie auf dem Standpunkt, daß wir mit einer Abwärtsentwicklung auch im Jahre 1933 zu rechnen haben. Sie haben bereits vorwiegend in dem in Arbeit befindlichen Vorschlag für 1933 nur ein Gleisbauprogramm von 1200 Kilometer im Gegensatz zu 2800 Kilometer im Jahre 1932 vorgezogen. Das alles zusammen zeigt, wohin die Reise geht, und sie sagt heute schon indirekt, daß auch die

### Zahlung der Löhne und Gehälter nicht möglich

sein wird.

Die Eisenbahner müssen diese Gefahr erkennen und unverzüglich an die Organisierung des Kampfes herangehen. Das Beispiel der Belegschaft des Gottleber Reichsbahnwerkes zeigt, daß die Organisierung für die Eisenbahner ein gleich nach Bekanntgabe der Papen-Novverordnung trat die Belegschaft zusammen, beschloß und führte geschlossen einen halbtägigen Proteststreik durch.

## 5 SA.-Stürme ausgeschossen

### Hitler muß die Rebellion und Zersetzung bei den SA.-Proleten zugeben — Laßt die Papen-Nazis nicht aus der Zange

Die Tolerierungspolitik Hitlers gegenüber der Papen-Regierung, die von den Naziführern jetzt auch offen zugegeben wird, hat bei den SA.-Proleten die stärkste Rebellion ausgelöst. Bereits während der Reichstagswahl mußte Goebbels eingestehen, daß sich die Halenkreuz-Partei in der Defensive befindet, weil sie auf den Vorwurf der Tolerierung Papens keine Antwort habe. Die Zersetzung bei der SA. wurde verstärkt durch das Abblasen des SA.-Marsches auf Berlin, durch die Enttäuschung der werttätigen Nazianhänger über die feige Kapitulationspolitik der Halenkreuzführer.

Die kommunistische Presse hat seit Wochen auf diese Zersetzungserscheinungen und die Rebellion der SA.-Proleten hin-

### Achtung, SPD-Arbeiter!

## So höhnt die Bourgeoisie über den „Volksentscheid“

Die der Papen-Regierung nahestehende „Deutsche Allgemeine Zeitung“ (15. September) schrieb über das sozialdemokratische „Volksentscheids“-Manöver:

„Die Sozialdemokratische Partei hat die Absicht, auf dem Wege über ein Volksbegehren einen Volksentscheid herbeizuföhren, durch den der sozialpolitische Teil der Novverordnung aufgehoben werden soll. Man wird mit größter Ruhe dem taktischen Manöver ebenso wie auch den übrigen parlamentarischen Gemütsregungen entgegensehen können. Artikel 73 der Reichsverfassung schreibt vor, daß dem Volksbegehren ein ausgearbeiteter Gesetzentwurf zugrunde liegen muß. Dieser Entwurf muß von der Regierung unter Darlegung ihrer Stellungnahme dem Reichstag unterbreitet werden. Was geschieht nun aber, wenn der Reichstag nicht da ist oder wenn die Regierung auf die Stellungnahme des Reichstags zu dem Volksentscheid ebenso reagiert, wie sie es bisher gegenüber dem Verhältnis von Parlament und Novverordnung getan hat? Bis alle diese Fragen, die heute nur den Staatsrechtler interessieren, entschieden sein werden, wird noch sehr viel Zeit verstreichen. In der bereits die Praxis vollendete Tatsachen geschaffen haben wird.“

SPD-Kollegen, der Wahrheit könnt ihr euch nicht verschließen, daß ein solcher „Volksentscheid“, wenn er wirklich nach sechs Monaten zu Ende geführt werden sollte, die vollendeten Tatsachen vorfindet, daß die Löhne und Gehälter abgebaut sind!

**Nicht trügerische Hoffnungen auf „Volksentscheid“ in sechs Monaten, sondern sofortige praktische Kampfmaßnahmen machen den Lohnabbau zunichte!**

Die Eisenbahner dürfen sich nicht auf die christlichen, sozialdemokratischen und „demokratischen“ Gewerkschaftsführer verlassen. Das zeigte die am 8. und 9. September tagende Hauptbetriebsratsitzung erneut. In dieser Sitzung zeigte die Fraktion der NSD. den Eisenbahnern erneut den Weg, den sie zu gehen haben. Sie unterbreiteten dem Hauptbetriebsrat eine Entschließung, in der u. a. gesagt wird:

„Die am 8./9. September tagende Sitzung des Hauptbetriebsrats bei der Deutschen Reichsbahngesellschaft nimmt Stellung zu der am 4. September erlassenen Verordnung der Papen-Regierung und zur Lage der Eisenbahner.“

Der Hauptbetriebsrat stellt fest, daß diese Verordnung den Arbeitgebern Millardengewinne gewährt, den Werttätigen aber noch nie dagewesene Lasten auferlegt. Die Verordnung stellt einen ungeheuerlichen Generalangriff auf die letzten im Kampf der Arbeiterklasse erreichten Errungenschaften dar. Sie bringt weiteren Lohnabbau, die Zerstückelung der Tarifverträge, die Beseitigung der gesamten Sozialgesetzgebung. Bei der Verwirklichung dieser Pläne wird die Arbeiterklasse zurückgeschleudert in die Zeit des Frühkapitalismus. In der gleichen Zeit, in welcher die Papen-Regierung von der Einsetzung von Erwerbslosen in den Produktionsprozeß redet, konstatiert der Hauptbetriebsrat, daß das größte Unternehmen Deutschlands im Begriff ist, 52 000 Eisenbahner zu entlassen.

Der Hauptbetriebsrat steht auf dem Standpunkt, daß die ganze Kraft der Eisenbahner und der Organisationen eingesetzt werden

## Es lebe die kämpfende Einheitsfront der Eisenbahner!

Diese Entschließung, die den Eisenbahnern den einzig möglichen Weg weist, die Entlassungen und auch die Anschläge auf die Lebenslage der Eisenbahner zu verhindern, wurde von den sozialdemokratischen, den christlichen und Hing-Dünderischen Hauptbetriebsratsmitgliedern, auch von den in der Sitzung anwesenden Vertretern der Gewerkschaften aller drei Richtungen abgelehnt. Damit stellte sich die Gewerkschaftsbürokratie auf die Seite der Eisenbahnhauptverwaltung, ja sogar auf die Seite der Papen-Regierung und ihrer Verordnungen. Dieses kommt ja auch deutlich aus einer von den Reformisten unterbreiteten und angenommenen Entschließung zum Ausdruck. Die wesentlichste Stelle dieser reformistischen Entschließung heißt:

„Aus diesem Grund fordert der Hauptbetriebsrat erneut eine der augenblicklichen Notlage angepasste Regelung der Arbeitszeit im Betriebsdienst. Ferner spricht der Hauptbetriebsrat die Erwartung aus, daß in Verfolg der von den Gewerkschaften und dem

muß, um das Eisenbahnpersonal zum Kampf gegen die Entlassungen und gegen weiteren Lohn- und Gehaltsabbau zu mobilisieren. Der Kampf kann aber nur erfolgreich durch die Schaffung der Einheitsfront aller Arbeiter und unteren Beamten, ohne Unterschied der gewerkschaftlichen und politischen Richtung durchgeführt werden.

Um diese Einheitsfront zum Kampf herzustellen, fordert der Hauptbetriebsrat alle Betriebsräte im Bereich der Deutschen Reichsbahngesellschaft auf, in allen Dienststellen Belegschaftsversammlungen aller Bediensteten einzuberufen, in welchem zum Abwehrkampf Stellung zu nehmen ist, und zur Organisierung des Kampfes Kampfausschüsse unter Einfluß aller zum Kampf bereiteten Eisenbahner, ohne Rücksicht auf ihre gewerkschaftliche und politische Richtung zu wählen sind.

Gleichfalls appelliert der Hauptbetriebsrat an alle Gewerkschaftsfunktionäre und Leitenden in den unteren Gewerkschaftseinheiten, die ganze Kraft der Organisationen einzusetzen.

**Arbeiter und untere Beamte! Gewerkschaftskollegen!**  
Erkennt den Ernst der Situation! Der Hauptbetriebsrat ruft euch zu: **Schließt die Einheitsfront in allen Dienststellen und allen Gewerkschaftsorganisationen!**

**Organisiert den Kampf für folgende Forderungen:**

- Keinen Menscheng und Gehaltsabbau!
- Gegen jede Entlassung!
- Für die Erhaltung der Tarifverträge!
- Gegen jede Verschlechterung der Sozialleistungen!

Hauptbetriebsrat, der Hauptverwaltung und der Reichsregierung unterbreiteten Vorschläge - alle geeigneten Arbeitsmöglichkeiten ausgenutzt werden, daß ein weitgehendes Arbeitsbeschaffungsprogramm zur Durchführung gelangt. Der geschäftsführende Ausschuß erhält den Auftrag, vorstehende Erklärung des Hauptbetriebsrats auch den zuständigen Stellen des Reichs zur Kenntnis zu bringen.“

Also anstatt die Eisenbahner zum Kampf aufzurufen, nur eine Bitte an die Hauptverwaltung und die Reichsregierung, genau so, wie die Spitzen der Gewerkschaften und die SPD. Unter der „angepassten“ Regelung der Arbeitszeit im Betriebsdienst“ ist die alte von der Gewerkschaftsbürokratie vertretene Forderung der Verkürzung der Arbeitszeit und der Einlegung von Feiertagen ohne Lohnausgleich zu verstehen.

### Ginberufung von Mitgliederversammlungen fordern,

in den Dienststellen zu Belegschaftsversammlungen zusammenzutreten, um zu den ungeheuerlichen Plänen Stellung zu nehmen. Die Situation ist sehr ernst. Auch in dem jetzt eben erschienenen amtlichen Mitteilungsblatt der Hauptverwaltung der „Deutschen Reichsbahn“, „Die Reichsbahn“, Heft 35 vom 31. 8. 32, gibt die Hauptverwaltung in einem Bericht über den Stand der Reichsbahn an, wohin die Reise geht. Sie schreibt über den Abschluß des Monats Juli folgendes:

„Die Einnahmen waren im Berichtsmontat 31,5 Prozent niedriger als im Vorjahr und 54,3 Prozent geringer als im Jahre 1929.“

Diesem stärkeren Rückgang der Einnahmen mußte sich die Bewirtschaftung der Ausgaben auch im Juli 1932 anpassen. Infolgedessen wurden die Aufwendungen für Betriebsführung, Unterhaltung und Erneuerung nach Möglichkeit wieder eingeschränkt. Dabei wurde jedoch berücksichtigt, daß die unbedingte Wahrung der Betriebssicherheit, die äußerste Grenze für Ersparungen darstellt.“

Auch diese Notiz beweist, wie in der Öffentlichkeit der Boden für weitere Entlassungen und für den 20prozentigen Lohn- und Gehaltsabbau vorbereitet wird.

Unter den alten Forderungen wie die Kürzung der Gehälter der Direktoren und leitenden Beamten, der Beseitigung der Leistungszulagen und Prämien, der Streichung aller Ausgaben für die Technische Nothilfe, die Eisenbahnsportvereine, den Bahnschau, die Eisenbahnvereine usw. und die Verwendung dieser Mittel für das Personal, mühen die Eisenbahner zum Kampf gegen jeden Feinmig Lohn- und Gehaltsabbau, gegen jede Entlassung, für die Erhaltung der Tarifverträge, gegen jede Verschlechterung der Sozialleistungen zum Kampf mobilisiert werden.

## Fast eine halbe Stunde hat die Menschenschlächtere gedauert!

„Dann fuhr das Mordauto in Richtung Dworog zurück. Jolla beannte, die den Schuß gehört hatten, nahmen auf der Straße einen Mann fest und fanden in seinen Taschen Rundschreiben der Nazigruppe Potempa.“

Sie hielten den Mann fest. Inzwischen sammelten sich die Einwohner. In stummer unerhörter Erregung standen sie im Dunkeln des Hauses, um den Toten herum.“

„Warum haben sie ihn erschlagen?“  
„... es war ein revolutionärer Arbeiter“, sagte jemand leise. „Er kämpft gegen den deutschen und polnischen Faschismus. Viele polnische Arbeiter hat er aufgeföhrt.“

Die Mutter begann zu schluchzen. Sie wimmerte über dem toten blutbesudelten Körper immer und immer wieder: „Mein Junge, mein guter Junge...“

Das Gesicht Konrads war eine einzige formlose Fleischmasse. Das sind die Tatsachen! Daran kann nicht gerüttelt werden. Ein Mensch, ein arbeitsloser Landarbeiter ist im Schlaf überfallen und vor den Augen seiner Mutter buchstäblich abgeschlachtet worden. „Konrad Pietzuch, der nichts hatte, als das Stück Bemb auf dem Leib und zur Verteidigung seine Fäuste, ist das Opfer einer der gemeinsten bliefischen Mordtaten der braunen Hitler-Soldateska geworden.“

Dieser Auszug stammt aus der Broschüre „Potempa“, die zum Preise von 10 Pfennigen bei allen Kolporturen zu haben ist. Sorgt für einen guten Vertrieb. Alle Werttätigen in Stadt und Land müssen diese Broschüre lesen, weil sie den bestialischen Mord der Hitlerbanden, begangen an dem Arbeiter Pietzuch, ausführlich schildert.

**Tragt die Antifaschistische Aktion in die Betriebe. Kein Betrieb ohne Belegschafts-Versammlung!**

### Es lebe der gemeinsame Kampf der drei Generationen! Heraus zur Internationalen Kinderwoche vom 2. bis 9. Oktober!

# RUND UM DEN ERDBALL

## Mehr als 100 Tote

### Katastrophe eines Fremdenlegionärzuges in Nordafrika

Paris, 15. September. Wie aus Oran (Algerien) gemeldet wird, ist ein Personenzug, der 510 Fremdenlegionäre beförderte, in der Nähe von Nemcen in einen Abgrund gestürzt. Nach den bis heute frisch vorliegenden Nachrichten soll sich die Zahl der Todesopfer auf nicht weniger als 100 belaufen, während ungefähr 150 Mann mehr oder weniger schwer verletzt sind.

Man nimmt an, daß die Katastrophe auf die Unterpflügelung des Eisenbahndammes infolge starker Niederschläge zurückzuführen ist. Nähere Einzelheiten stehen noch aus. Man befürchtet jedoch, daß die Zahl der Todesopfer sich stark vergrößern wird. Der Pariser Abendpresse liegen noch keine Nachrichten vor.

Wie sich jetzt herausstellt, scheint das schreckliche Eisenbahnunglück bei Nemcen in Algerien viel mehr Opfer gefordert zu haben, als man ursprünglich annahm. Es sollen weit über 100 Mann getötet worden sein.

Der Zug bestand aus 14 Wagen, in denen zwei Offiziere, 27 Unteroffiziere, 46 Gekretete und 1435 Fremdenlegionäre Platz genommen hatten. Sofort nach Bekanntwerden des Unglücks gingen zwei Hilfszüge mit sämtlichen Chirurgen und Militärärzten der benachbarten Garnison nach dem Schauplatz ab. Es ist zur Zeit noch ganz unmöglich, genauere Zahlen anzugeben. Der Unglückszug war morgens um 7,15 Uhr aus Bel Abbés abgefahren. Das Unglück hat sich am späten Nachmittag ereignet.

### Auch ein japanischer Militärzug entgleist

60 Tote und Verwundete

Moskau, 15. September. Nach Meldungen aus Mufden ist ein japanischer Militärzug auf dem Wege von Mufden nach Heilun zum Entgleiten gebracht worden. Es wurden 60 Soldaten und Offiziere getötet und verwundet. Der Verkehr wurde auf sechs Stunden lahmgelegt.

## Verwegener Raubüberfall in Charlottenburg

### 40 000 Mark B.G.-Gelder geraubt — ein Toter, drei Schwerverletzte

Berlin, 15. September. Vor dem Charlottenburger Rathaus in der Berliner Straße spielte sich heute morgen gegen 8 1/2 Uhr ein Banditenstück ab, wie es die Kriminalgeschichte Berlins kaum kennt: ein Geldtransport der Berliner Verkehrs-Gesellschaft wurde vor den Augen zahlreicher Passanten unmittelbar vor dem Eingang der Filiale der Berliner Stadtbank von vier Räubern, die in einem gestohlenen Auto vorgefahren waren, überfallen. Die Räuber eröffneten ein Schnellfeuer auf die anwesenden Beamten, der Vorsteher des Abzweig-Depots in der Helmholzstraße, Meyer, der den Geldtransport begleitete, wurde schwer verwundet. Er erlag seinen Verletzungen im Reichender Krankenhaus. Drei andere Angestellte wurden leicht verletzt.

Die Banditen erbeuteten einen Geldtransportkasten, der über 40 000 Mark enthielt, die für heutige Lohnzahlungen bestimmt waren. Nach dem Überfall, der sich innerhalb weniger Sekunden abspielte, flüchteten die Täter in ihrem Auto, einer großen schwarzen Limousine mit der Nummer IA 16393, und rasten in Richtung Knie davon. Es entspann sich eine wilde Jagd, die sich durch halb Charlottenburg zog. Am Fehrbelliner Platz ging die Spur der Räuber verloren.

Jeden Morgen pflügt die B.G. ihre Geldeinnahmen des vorangegangenen Tages bei den verschiedenen Stadtbankfilialen einzuspielen. In Charlottenburg war es gewöhnlich so, daß in den frühen Morgenstunden, kurz nach Öffnung der Schalter, ein Omnibus vor dem Gebäude des Rathauses, in dem sich die Stadtbankfiliale befindet, vorfuhr.

Hier bis fünf Mann, die den Geldtransport zu bewachen hatten, schafften die Kisten mit dem Geld zu den Bankräumen.

Heute war es umgekehrt: die B.G. holte sich einen größeren Geldebtrag von über 40 000 Mark ab, um die am 15. September fälligen Löhne für die Abzweig-Angestellten des Depots Helmholzstraße auszusahlen.

### Wie der Überfall geschah:

Während mehrere Beamte damit beschäftigt waren, das Geld auszuladen, fuhr plötzlich ein elegantes Auto vor dem Rathaus vor, dem vier junge Burschen entsprangen.

Noch ehe sich die Beamten zur Wehr setzen konnten, zogen alle vier Revolver aus den Taschen und eröffneten ein Schnellfeuer auf die Beamten, von denen vier getroffen zu Boden sanken.

Dann ergriffen sie drei Kassetten, worauf sie in das bereitstehende Auto stiegen und davonrauschten. Die B.G. nimmt an, daß etwa 40 000 Mark den Räubern in die Hände gefallen sind. Die Tat muß von Leuten ausgeführt worden sein, die über die Ablieferung der Gelder genau Bescheid wußten. Obwohl zur Zeit des Überfalls bereits starker Verkehr vor dem Rathaus herrschte, waren die Zeugen des Überfalls so überrascht, daß die Täter unerkannt entkommen konnten.

Weitere Verletzungen erlitten der Chauffeur des Autobusses, der Kallengehilfe Schroeder und ein Bewachungsbeamter Krojzke.

## Uralzew als Hehler vor Gericht

Berlin, 15. September. Vor dem Schöffengericht Berlin-Schöneberg begann Mittwoch vormittag ein Prozeß gegen den Rußen Alexander Michael Uralzew-Maljawski, der gemeinsam mit dem ebenfalls aus dem Raiffeisenbankprozeß bekannten Kaufmann Julius Bedent der Hehlerlei beschuldigt wird. Uralzew und Bedent wird zur Last gelegt, daß sie von der Einbrecherbande Kallies, Schrader und Ulrich, die in Berliner Vororten zahllose Einbrüche begangen und in der Nacht zum 26. September aus der Wohnung des Bankdirektors Pähler in Berlin-Zehlendorf neun echte Persterteppiche im Werte von 20 000 Mark gestohlen hatte, diese Persterteppiche erworben haben. Zwei der Teppiche hatte Uralzew dann dem ebenfalls im Dresdener Uralzewprozeß mitangeklagten Rechtsanwalt Dr. Türk als Sicherheit für Kredite verpfändet. Das Urteil gegen Uralzew wird erst am Donnerstag oder Freitag zu erwarten sein.

## Italienischer Dampfer aufgelaufen

Paris, 15. September. Auf der Höhe von Bresst ist der italienische Dampfer „Chloe“ im Nebel auf ein Riff gelaufen und hat SOS-Rufe ausgesandt. Ein französisches Hilfschiff sowie der deutsche Dampfer „Seefalte“, der sich zur Zeit in Bresst befindet, sind ausgelaufen, um der „Chloe“ Hilfe zu bringen. Die „Seefalte“ hat versucht, das stark beschädigte Schiff ins Schlepptau zu nehmen, obgleich dieser Versuch wenig Aussicht auf Erfolg hat, da der Rumpf des Schiffes ein großes Leck erhalten hat. Die Mannschaft hat inzwischen das sinkende Schiff verlassen.



Edwin v. Stulpnagel, der im Auftrage der Reichsregierung — er ist gewesener General der Infanterie — die Jugend „erschüttern“ soll.

## Direkte Eisenbahnverbindung Moskau—Donezbecken

Moskau, 15. September. Amtlich wird berichtet, daß die Vorbereitungen für die Errichtung der direkten Eisenbahnverbindung von Moskau nach dem Donezbecken abgeschlossen sind. Die Linie wird 1171 Kilometer Länge haben. Der endgültige Plan zur Durchführung der Arbeiten soll noch vor dem 1. Oktober der Regierung zur Bestätigung vorgelegt werden.

## Meister Schulz schreibt

### Ein deutscher Arbeiter am Ural — Seine Erfahrungen

Meister Schulz hat während seiner 23jährigen Praxis sowohl in veralteten als auch in den modernen Walzwerken in Deutschland gearbeitet. Auch er wurde dann ein Opfer der kapitalistischen Krise. Er wußte, daß in der Sowjetunion die Arbeitslosigkeit vollständig beseitigt ist. Der erste Arbeiterstaat der Welt wurde für viele ausländische Arbeiter zu einer neuen Heimat und viele finden hier ihr wirkliches Vaterland. Auch Meister Schulz, der vielen Arbeitern in Hennigsdorf, Bochum, Wilmich, Schalte, Eicher und vielen anderen Walzwerken Deutschlands bekannt ist, kam in die Sowjetunion. In der Werkschneiderei Fabrik in Smerdlowski am Ural ist er jetzt im Walzwerk als Obermeister angestellt. Dieses Walzwerk ist in der Sowjetunion gegenwärtig das einzige, das Transformatorbleche herstellt. Schulte an Schulte mit den russischen Arbeitern kämpft Meister Schulz für die Befreiung der Sowjetunion vom kapitalistischen Import. Kaum hatte er sich mit dem Betrieb bekannt gemacht, übergab er seinem neuen Betrieb neun konkrete Vorschläge, durch welche die Produktion der Transformatorbleche qualitativ und quantitativ bedeutend verbessert werden kann. Im Vorwort zu seinen gemachten Vorschlägen schreibt er wörtlich:

„Unterzeichneter ist nach reiflicher Überlegung zu der Erkenntnis gekommen, daß hier an der Walzstraße in der Verarbeitung von Transformatorblechen dieselben Resultate, wie sie in Deutschland erreicht wurden, auch erreicht werden können. Zu diesem Zweck ist es erforderlich, daß einige Veränderungen an der Walzstraße, an den Maschinen sowie auch im Arbeitsprozeß vorgenommen werden müssen. Bei meinen unten angegebenen Vorschlägen lasse ich mich grundsätzlich von den Gedanken der vorhandenen Möglichkeiten, ohne große Betriebsunkosten, leiten.“

Bei der Durchführung seiner gemachten Vorschläge ist Genosse Schulz schon auf manche Schwierigkeiten gestoßen, aber er fürchtet diese Schwierigkeiten nicht, da er nicht zu denjenigen gehört, die in der Überwindung der Schwierigkeiten des sozialistischen Aufbaus verzagen und zur kapitalistischen Hölle zurückfahren. Im Kampf um die Erfüllung der Betriebsaufgaben stellte Genosse Schulz seinen Mann.



Der revolutionäre Dichter Maxim Gorki, der Führer der Sowjetdelegation zum Antikriegskongreß, dem die holländische Regierung das Einreisevisum verweigert hat, ist in Berlin erkrankt und mußte ein Sanatorium aufsuchen.

## Schulfschließungen gegen Diphtherie-Erkrankungen

III. Leipzig, 15. September. Im Schulbezirk Postitz wurden auf Anordnung des Bezirksausschusses die Schulen wegen zahlreicher Diphtherieerkrankungen auf vorläufig 14 Tage geschlossen. Es sind bereits drei Todesfälle zu verzeichnen. Vier weitere Kinder liegen schwerkrank danieder und mußten nach Leipzig ins Krankenhaus überführt werden.

## Mit dem gestohlenen Kraftwagen gegen einen Baum gerast

Bremen, 15. September. Am Dienstag abend ereignete sich an der Straße Brinkum—Madenstedt ein schweres Kraftwagenunglück, das zwei Todesopfer forderte. Zwei junge Mädchen hatten die Befanntschaft zweier junger Männer gemacht. Die vier stahlen gemeinsam einen Kraftwagen und fuhren in Richtung Brinkum davon. Aus ungeklärter Ursache raste der Wagen in einer an sich ungefährlichen Kurve gegen einen Baum. Dabei wurden die beiden im hinteren Wagenteil sitzenden Insassen herausgeschleudert. Ein 17jähriges Mädchen war sofort tot, während der etwa 23 Jahre alte Reuter aus Bremen schwer verletzt ins Krankenhaus geschafft werden mußte, wo er inzwischen seinen Verletzungen erlegen ist. Das zweite junge Mädchen kam mit leichteren Verletzungen davon, blieb am Unfallort und stellte sich später der Polizei. Der Fahrer, der unverletzt blieb ist entflohen.

Als er zur Sowjetunion abfuhr, wurde er von vielen Arbeitern, Angestellten, selbst von Schupo-Beamten gebeten, er möge ihnen doch die Wahrheit über die Sowjetunion schreiben. Da Meister Schulz seine ganze Kraft dem sozialistischen Aufbau widmet, ist es klar, daß er nicht in der Lage ist, jeden Tag mehrere Briefe zu schreiben. Er teilt darum seinen Arbeitskollegen, den Angestellten und den Schupo-Beamten mit, daß sie die „Rote Fahne“ oder das „Ruhr-Echo“ abonnieren sollen, denn in der proletarischen Presse will er seine gewonnenen Eindrücke, die Wahrheit über die Sowjetunion berichten.

In einem Brief, den er an seinen Kollegen schrieb, teilt er demselben folgendes mit:

„Es macht mir als ausländischen Arbeiter eine wirkliche Freude, wenn ich hier beobachte, mit welcher Lust und Liebe die Menschen arbeiten. Kein Schimpfen hörst Du hier, alles geht in kameradschaftlichem Tone vor sich, der Meister hat nicht notwendig, die Arbeiter anzutreiben, denn diese wissen, daß sie für sich und nicht für die Kapitalisten arbeiten. Es ist so, wie ich Dir schreibe; ich konnte es erst selbst nicht begreifen, daß es möglich ist, daß der Direktor den Arbeitern im Betriebe die Hand gibt. Heute verstehe ich das schon, er ist ja auch ein Arbeiter, so wie wir es alle sind, und die Belegschaft hat ihn selbst zum Direktor bestimmt. Wenn Du unfern Direktor im Betriebe sehen würdest und ihn nicht vorher kennengelernt hast, wirst Du nicht unterscheiden können, ob das ein Arbeiter oder ein Direktor ist. Das ist etwas anderes als ein Direktor im kapitalistischen Betrieb, der weiter nichts versteht, als das technische Personal wie einen Jagdhund anzutreiben. Ich kann Dir nur sagen, daß es wirklich schade ist, daß man nicht schon früher diesem Arbeiterstaat seine ganze Kraft zur Verfügung gestellt hat.“

Wenn ich heute zurückdenke, wie man sich von der bürgerlichen Presse, auch der sozialdemokratischen, hat belügen lassen, so könnte ich mich heute noch vor den Kopf schlagen. Ziering.“

Elternversammlung der Schule 9, Uferstraße unter Polizeischutz

Gegen die Prügelmethoden in den Volksschulen (Arbeiterkorrespondenz)

Am Mittwoch, dem 14. September, fand in der Schule 9, Uferstraße, eine Elternversammlung statt, um gegen den Prügelheld Wolf, aus der Klasse 2, Stellung zu nehmen.

Proletarische Eltern, schmiedet die Kampffront der 3 Generationen, kämpft gegen Kinderausbeutung, gegen die Prügelmethoden in den Schulen, Hunger und Not eurer Kinder.

SWP. versucht durch Lenin-Zitate ihre arbeiterfeindliche Politik zu verdecken

Gestern Abend hatte die SWP. im „Bergleser“ eine öffentliche Versammlung, in der als Referent Paul Fröhlich auftrat.

In der Diskussion sprach der Genosse Bayer, der richtig erklärte: Wir haben jetzt eine Rede gehört, aber nicht gehört haben wir, was morgen die Arbeiter tun sollen.

Im Schlusswort ergoß sich Fröhlich im besonderen gegen die KPD. und verteidigte damit praktisch die verräterische Politik der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie.

Kollegen von Langermann, Lohnraub droht!

(Betriebskorrespondenz)

Breslau. Bei den allgemeinen Lohn- und Tarifverschlechterungen muß auch die Schuhfabrik Langermann & Co. m. b. H. nicht fehlen.

Wir haben jetzt in den letzten Wochen uns mehrmals mit den Zuständen bei der oben genannten Firma befaßt.

Wir werden uns wahrscheinlich noch oftmals mit den Zuständen im Betrieb und diesem Meister beschäftigen müssen, der in jeder Art die dort beschäftigten Kollegen und Kolleginnen schikanieren.

Der Ueberfall auf die Arbeiterschaft war von der SA. vorbereitet

Bewaffnete SA.-Banditen „empfangen“ die Reichsbanner-Kameraden — Der Staatsanwalt als Zeuge — Freitag noch keine Urteilsverkündung zu erwarten

Breslau. Zweiter Verhandlungstag. Die Vernehmung der Zeugen dauert fort. Der erste vernommene Nazigeuge, der SA-Mann Gronz ist eine besondere Nazitype.

Nun wird von mehreren Nazigeugen, sichtlich einstudiert, um die Blutschuld der braunen Nordbanden abzulenken, behauptet, eiserne Frontler hätten zuerst geschossen.

Nun wird der Nazigeuge Niemeg vernommen, welcher bestätigt, daß die SA. sich auf den „Empfang“ der Eisernen Front vorbereitet hatte.

„Ist Herr Staatsanwalt denn Zeuge oder Ankläger?“

Darum greift der anwesende Oberstaatsanwalt Schäfer in die Verhandlung ein, nahm den Platz von Menzel ein, während Menzel als Zeuge auftrat.

Zwei Nazigeuginnen wollen den Angeklagten Maßche als denjenigen erkennen, der das Kommando zum Abgreifen und Angreifen gegeben haben soll.

Nachdem der Zeuge Bunzel aufgetreten war, der ebenfalls an dem „Sportfest“ in Ranth beteiligt war, und der behauptet hatte, daß die Nazi von dem Durchmarsch der Eisernen Front Kenntnis hatten,

ihm unliebamen Fragen des Verteidigers mit Worten und Gesten zu wehren versuchte.

Jetzt kamen wieder eine Anzahl SA.-Zeugen, unter denen besonders Brieger, welcher den Angeklagten Pamel befaßt, besonderer Beachtung verdient und welcher wegen Verdachts der Mitterschour erst nachträglich vereidigt wird.

Dann kommt der SA.-Mann Scholz, der wörtlich erklärte: „Der Zug war aufgelöst und wir konnten machen was wir wollten.“

Und sie haben gemacht was sie wollten, das bezeugt die 72 Jahre alte Frau Baum, die dem Vorgang schüttere, wobei sie wörtlich sagte: „Da kriege ich een Schipperling, daß ich gleich auf der Erde lag.“

In der heutigen Verhandlung sollen die Belastungszeugen für die „Mädelstürmerin“ Frau Kuhl, einer Mutter von sieben Kindern, auftreten.

Sittlerheringe gefällig?

Ein strammer SA.-Mann ist der Sohn des Heringsbändigers von der Sternstraße 53.

Proleten-Wochenpielplan

Zwei Tonfilmereignisse. Phantastisch ist „Frankenstein“ — künstlerisch „Berlin-Alexanderplatz“.

Monistische Gemeinde, Breslau, G. R., Grünstraße 14/16. Sonntag, den 18. September, findet um 12 Uhr, wiederum eine Kindervorstellung mit einem für Kinder zusammengestellten Programm statt.

Zur Delegierten-Konferenz der Kriegs- und Arbeitsopfer in Breslau

Am 17. und 18. September findet im Lokal Bräuer, Gabigstraße 20, der 3. Gantag des Internationalen Bundes der Opfer des Krieges und der Arbeit, e. V. Gau Schlesien, statt.

Auch die Kriegs- und Arbeitsopfer müssen einen Nachfaktor in

der Gesamtheit der revolutionären Arbeiterklasse darstellen, um mit vereinten Kräften für den Sieg des Sozialismus zu wirken.

In diesem Sinne begrüßen wir die Delegierten und wünschen euch erfolgreiche Arbeit.

Internationaler Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit, Ortsgruppe Breslau.

Soziale Beratungsstelle der ZNS. Gneisenauplatz 5. Rechtsbücherei, Miet- und Wohnfahrtsfragen täglich von 10-1 Uhr.

Verantwortlich für den politischen Teil, Provinz und Lokales: Adolf Koplowitz in Breslau. — Für die übrigen Seiten: Alfred Friedrich, Berlin. — Für Inserate: Albert C 11 s m., Breslau. — Verlag u. Druck: Schlesische Verlagsgesellschaft m. B. H., Breslau, Trebnitzer Straße 50.

Betriebsarbeiter! Aufgepaßt!

Die neue Notverordnung sieht die Beseitigung des Tarifrechts vor. Der Lohn kann bis 27% gekürzt werden.

Wir zeigen euch den Ausweg!

Deshalb kommt am Freitag, dem 16. September, 20 Uhr, in den „Oberstrom“, Uferstraße. — Ihr müßt sofort in jedem Betrieb Delegierte dazu wählen!

# SPD. bis Nazi für Papen und seine Notverordnungen

### SPD-Anträge abgelehnt! Neubaumieter sollen weiter die hohen Mieten zahlen! — SPD. für Zwangsmaßnahmen gegen die Mieter

Waldenburg. Seit vielen Wochen fand wieder einmal eine Stadtvordern-Sitzung statt, über die Reichsminister v. Papen seine helle Freude haben wird. Alle Anträge der kommunistischen Fraktion werden zur Verhandlung nicht zugelassen, da die erforderliche Unterstützung verweigert wird. Nicht einmal die Entschädigung gegen Papen und seine Notverordnungen erhielt durch die SPD. die erforderliche Unterstützung. Bei dem Antrag für die Mieter in den reichsbezogenen und städtischen Wohnungen brachte die SPD. einen Antrag ein, der den Magistrat ersucht, mit der Staatsregierung in Verhandlungen zu treten, um für 5 Jahre die Verzinsung und Amortisation der Hauszinssteuererlöse auszusetzen. Wenn sich die Mieter nicht selbst helfen, werden sie in 5 Jahren noch auf eine Ermäßigung der Mieten warten. Nachdem die Nazi ebenfalls abgelehnt hatten, den kommunistischen Antrag für die Mieter zu unterstützen, brachten sie noch einen Antrag ein, der besagt, daß Zwangsmaßnahmen gegen in Not geratene Mieter nicht angewandt werden sollen. Gegen diesen Antrag stimmt erneut SPD. und alle Bürgerlichen. Bei der Ablehnung des Antrages auf Wiedergewährung des Hauszinssteuererlasses reißt einer Arbeiterin der Eisernen Front die Geduld und sie ruft: „Die SPD. schläft wohl!“. So werden immer mehr Arbeitern die Augen geöffnet. Die offizielle Tagesordnung enthält nicht viel von Bedeutung. Für den Ausbau der Straßen am neuen Polizeipräsidium beantragt der Magistrat Bewilligung von 262 000 Mark, die gegen die Stimmen der Kommunisten bewilligt werden.

Den Clowen des Tages macht Ma hle, der mit einem Spielzeugauto für 80 Pfg. den Nazi ihre Skandalpolitik wegen einem angeblichen Luftsaute vorbemonstert.

Die Anträge der kommunistischen Stadtvordern-Fraktion hatten folgenden Wortlaut:

Die Stadtvordern-Verammlung der Stadt Waldenburg nahm in ihrer Sitzung am 14. September Stellung zu der Verordnung des Reichspräsidenten zur Behebung der Wirtschaft. Die Versammlung protestiert ganz entschieden gegen dieses Wirtschaftsozialreaktionärer Art. Sie stellt fest, daß einerseits durch diese Verordnung den Großkapitalisten und Großgrundbesitzern Anreize an Steuern, Prämien, Subventionen und Lohnabbau gemacht werden, die andererseits der arbeitenden Bevölkerung durch Lohnabbau, Bürgersteuer usw. aus der Tasche genommen werden.

Die Versammlung sieht in dieser Verordnung und deren Auswirkungen nicht eine Behebung der Wirtschaft, sondern eine systematische Ausbeutung und Ausplünderung der breiten werktätigen Schichten der Bevölkerung, zugunsten einiger tausend Großgrundbesitzer, Großindustrieller und Börsenspekulanten.

Aus dieser Erkenntnis heraus, lehnt die Versammlung auch die Durchführung dieser Verordnung ab.

Sie wird meher die Einziehung der Bürgersteuer genehmigen, noch wird sie dulden, daß bei den städtischen Arbeitern und Angeestellten Lohn- oder Gehaltskürzungen vorgenommen werden.

### Dringlichkeitsanträge der kommunistischen Stadtvordern-Fraktion

Die Stadtvordern-Verammlung wolle beschließen:

- 1. Der Hauszinssteuererlass wird wieder rückwirkend ab 1. Juli gewährt.
- 2. Diejenigen Unterstützungsempfänger, die bisher die Sätze der allgemeinen Fürsorge erhielten, werden in Zukunft nach den Richtlinien der gehobenen Fürsorge unterstutzt. Den Erwerbslosen und Krüppelunterstützungsempfängern wird die Differenz zwischen der All- und Krüppelunterstützung und den Sätzen der gehobenen Fürsorge seitens der Stadt gezahlt.

# Die Papen-Regierung gestürzt — Der Reichstag aufgelöst — Wir rufen zum Kampf für eine Arbeiter- und Bauernregierung

Darüber spricht Genosse D e r, M. d. N., am Freitag, dem 16. September, um 19,30 Uhr, im „Septer“, in Ober-Waldenburg, in öffentlicher Versammlung.

Werttätige, erscheint restlos! Demonstrieren dadurch, daß ihr bereit seid, gegen dieses System zu kämpfen.

200 000 Jugendliche umfassen soll, an die Öffentlichkeit. Diese Pläne der Papen-Regierung würden dann als unrichtig bezeichnet.

Die Partomomisse in Gottesberg und Fellhammer lassen erkennen, daß die Regierung es mit der Arbeitsdienstpflicht sehr eilig hat. Einem Freireuergolden aus Gottesberg wurde die Stempelkarte eingehalten. Als derselbe nach dem Grunde fragte, erhielt er die Antwort, er würde zur Arbeitsdienstpflicht vermittelt.

„Auf seine Erwiderung, daß er sich garnicht gemeldet habe und die Arbeitsdienstpflicht ablehne, wurde ihm geantwortet, daß ihm dann die Wohlfahrtsunterstützung entzogen würde.“

Den jugendlichen Erwerbslosen, Wohlfahrtsempfängern bis zu 25 Jahren wurde vom Wohlfahrtsamt Fellhammer die Stempelkarte eingehalten. Auf Fragen wurde geantwortet: „daß die Einziehung der Karten für die Registrierung zur Arbeitsdienstpflicht durchgeführt wird.“

Ungehöriger Lohnraub an den jungen Betriebsarbeitern, Allg. meine Arbeitsdienstpflicht für die Jugenderwerbslosen, daß sind die „Opfer der Jugend“, von denen Papen sprach, Opfer die gebracht werden sollen, um die Profite der Unternehmer stärker fließen zu lassen. Opfer, die die tiefste Verelendung der Arbeiterjugend bedeuten.

Die Maßnahmen des Wohlfahrtsamts in Gottesberg und Fellhammer, die neue Papen-Verordnung darf von den Jugenderwerbslosen nicht unbeantwortet bleiben. Die Antwort der Jugenderwerbslosen muß heißen:

härtester Kampf gegen die Arbeitsdienstpflicht. Im Kampf gegen die Arbeitsdienstpflicht müssen alle, ob junger Christ, Sozialist oder Kommunist, in einer einheitlichen Front zusammenstehen. Wir rufen alle auf! Nehmt sofort in öffentlichen Jugenderwerbslosenversammlungen Stellung! Wählt Kampfausschüsse gegen die faschistische Arbeitsdienstpflicht. Arbeiterjugend Alarm! Her zur Antifaschistischen Aktion!

In geschlossener Front Sturm gemacht gegen die Arbeitsdienstpflicht. Kampf gegen Sportbörsen und Exerzieren. Kampf gegen die Militärregierung, hinein in die Jugendkolonnen der Antifaschistischen Aktion!

# Hunger-Seuche breitet sich aus

### Zunahme der Erkrankungen an spinaler Kinderlähmung

Waldenburg. In den letzten Tagen sind in Neufenddorf, Dittmannsdorf, Polenz und Seitendorf neue Fälle von spinaler Kinderlähmung aufgetreten, jedoch sich ihre Zahl auf insgesamt 28 im Stadt- und Landkreis Waldenburg beläuft. Zwei der Erkrankten sind in Weißlein und Seitendorf tödlich verlaufen.

### Weitere Schulen wegen Diphtherie-Gefahr geschlossen:

Landschulh. Nachdem in Rothensbach und Gabaiau, Kr. Landschulh., die Diphtherie unter den Schullindern in gefährlicher Weise aufgetreten ist, jedoch die Schulen geschlossen werden mußten, ist jetzt auch in Mittel-Poratzkau ein Diphtherie-Fall festgestellt worden. Aus diesem Grunde ist auf Anordnung des Kreisarztes die dortige Schule bis auf weiteres geschlossen worden.

# Arbeiterjugend, her zur Antifaschistischen Aktion!

# Exerzieren und Schießen im Arbeitsdienst

Nachdem in Schöben eine Reihe von Arbeitsdienstlagern aufgeführt und die ersten Voraussetzungen für die Durchführung des Arbeitsdienstes gegeben sind, geht man nunmehr dazu über, nicht nur mit den Jugendlichen zu exerzieren, sondern ihnen auch das Waffenhandwerk zu lernen. So erhalten wir aus dem Arbeitslager bei Silberberg im Eulengebirge die Mitteilung, daß die dort untergeleiteten Arbeitsdienstpflichtigen im Schießen ausgebildet werden. Regelmäßig werden in diesem Lager unter Anleitung eines faschistischen Offiziers Schießstunden durchgeführt.

Im nächsten Zusammenhang damit stehen die Bestrebungen der Nazis und anderer Kreise, die Jugend allgemein im Wehrdienst auszubilden. So fand vor einiger Zeit in Daisfeldorf eine Sitzung der Jugendorganisationen, mit Ausnahme des N.Z.V. der vom Oberbürgermeister nicht eingeladen wurde, statt. Hier hielt der Hauptmann Dr. Seidel vom Reichswehrministerium einen Vortrag über „Militärische Jugendausbildung im Ausland“. In dieser Sitzung wurde betont, daß die vorläufige Ausbildung nicht mehr genüge, daß auch die deutsche Jugend im Wehrhandwerk ausgebildet werden muß.

# General Stülpnagel will die Jugend kommandieren!

Der Reichspräsident hat nunmehr unter dem 13. September verordnet, daß alle faschistischen Jugendorganisationen zu einem „Reichs-Letzern für Jugendausbildung“ zusammengefaßt werden. Genannt wird dazu, der Jungdeutsche Orden, Stahlhelm, die SA, Kreuzkader des Generalrats und — das Reichsbanner. Zweifellos werden die Reichsbannerführer davon begeistert sein, jedoch wird ihnen hier die Reichsbannerjugend nicht folgen. Die „Jugendausbildung“ soll nach folgendem Grundsatze erfolgen: „Der Verfallener Vertrag verbietet der deutschen Jugend das Befassen mit militärischen Dingen, insbesondere die Ausbildung mit Kriegswaffen. Damit sind dem Geländeport Grenzen gezogen, deren Einhaltung zur Pflicht aller gemacht werden muß. Es besteht aber kein Verbot,

die deutsche Jugend zu den Grundeigenschaften eines wehrhaften Mannes zu erziehen.“

Aus dieser Richtlinie spricht offen der Wille der Generalsklique, die deutsche Jugend in die Armeen zum Krieg gegen Sowjetrußland einzuziehen. Und sie bleiben diesmal nicht bei der Verhinderung stehen. Es wird gemeldet: „Es steht bereits eine Anzahl von Lehren,

vor allem Turnlehrer, ehemalige Offiziere der Reichswehr und der Polizei, zur Verfügung, aber die Zahl reicht in keiner Weise aus, und deshalb sollen im ganzen Reich Ausbildungslager eingerichtet werden, darunter auch in Braunaun in Schlesien. Man rechnet mit einer Belegungszahl bis 200 Mann je Lager, so daß innerhalb weniger Wochen bis 20 000 Führer ausgebildet sein können. Die Kosten für die Ausbildung einschließlich der Fahrgebühren zu den Arbeitslagern und der Verpflegung trägt das Reich.“

Es ist bekannt, daß sich in Braunaun eine SA-Schule befindet. Die Verlegung des Ausbildungslagers für den Arbeitsdienst an diesen Ort läßt erkennen, inwieweit die SA-Führer schon heute die Hand im Spiel haben. Faschisten, Militärs und Polizisten sollen der Arbeiterjugend unter Anleitung des Generals Stülpnagel, altpreußischer Kaiserhofkapellmeister heibringen. Und — das alles bezahlt das Reich. Dafür Lohn- und Unterstühtungsraub.

# Gottesberg und Fellhammer führt allgemeine Arbeitsdienstpflicht ein

(Jungarbeiterkorrespondenz.)  
Vor einigen Tagen drangen alarmierende Nachrichten über die Einführung der allgemeinen Arbeitsdienstpflicht, welche mehr wie

# Görlitzer Metallarbeiter streiten weiter

Görlitz. Der Streit der Metallarbeiter dauert fort. Bei der Firma Maier sind die Gracure und Rahmer mit in den Streit getreten. Vor den Betrieben stehen nach wie vor Massenstreikposten. Es herrscht ein ausgezeichnetes revolutionärer Kampfeifer.

# Reformistische Streikbruchsstrategen

Görlitz. Einen klaren Beweis von bornierter Beschränktheit, blindestem Haß gegen alles Revolutionäre liefern in treuer Verbindung mit der „Görlitzer Volkszeitung“ die reformistische Führer der Görlitzer Streikleitung der Metallarbeiter. Der Kampf dieser „Arbeiterführer“ gilt eben (trotz ihres Scheintheaters gegen die

NSDAP.) ungeachtet ihres gelegentlichen Einheitsgeschwafels nach wie vor allem, was ihrer Ansicht nach nur im geringsten nach „Kommunismus“ riechen könnte.

Wie überall, so hatte auch in Görlitz die J.A.S. bei Ausbruch des Streiks sofort ihr Hülswerk mit der Tat eingeleitet. Als nun in der fraglichen Versammlung den nothwendenden Streitenden unsere Hilfe angeboten wurde, wies dies die Streikleitung (reformistische Führer) des Metallarbeiterverbandes mit der Begründung zurück: Die Streikenden hätten genügend und Brauchten von den Kommunisten nicht. Die „Volkszeitung“ schloß sich dem an. In Zukunft wird man nach dieser Auffassung jeden in Feuer, Wasser- oder sonst einer Gefahr befindlichen erst fragen müssen: „Hör mal, Genosse, wird es deinetwegen „Herren Kollegen“ mit und von der „langen Leitung“ auch recht sein, wenn ich dich hier raus hole oder dir sonst eine Erleichterung verschaffe?“

Wir sind somit grundsätzlich dagegen, uns mit den oft recht sonderbaren Anwürfen, die die „Görlitzer Volkszeitung“ gegen alle ehrlichen, revolutionären Organisationen anwendet, zu befassen. Aber gehen eine derart pinne, niederträchtige Unterstellung und Verdrehung unserer Sammelaktivität zugunsten der Streitenden, wie sie durch die „Leitung“ in der Streikversammlung vom 12. September und in der „Görlitzer Volkszeitung“ Nr. 215 zum Ausdruck kam, muß aus Reinlichkeitsgründen Stellung genommen werden.

1. Wurde und wird die Sammlung nicht von der NSD. oder den Kommunisten, sondern von der Internationalen Arbeiterhilfe durchgeführt. Sollten die „Herren“ sowie die „Lilien-Dante“ Sinn und Zweck der I.A.H. nicht kennen, so diene ihnen zur Aufklärung: Aufgabe der I.A.H. ist es, die werktätige Bevölkerung, ganz gleich welcher Parteizugehörigkeit, in ihren Wirtschafts- und Lebensnot, herübergangen durch Heberweisen und großen Dürren, wie 1926 und 1930 in China, 1929 in Sowjetrußland usw., Kindersterbungen in Berlin, Hamburg, im Erzgebirge, Waldenburg usw., bei Grubenkatastrophen (Göhlitz, Waldenburg usw.), bei allen großen Streiks im In- und Auslande (Tschekoslawakei, Amerika, jetzt in Belgien usw.).

2. Die I.A.H. ist keiner Partei untergeordnet oder angegliedert, sondern eine rein proletarische Hilfsorganisation, in der sich Männer und Frauen aller Volksschichten mit ehrlich sozialem Empfinden zusammengefunden haben.

Trotz aller Verleumdung wird die I.A.H. auch weiter ihr großes Hülswerk fortsetzen und dankt schon im voraus denen, die in anerkannter Solidarität unsere Aufgaben durchführen helfen.

# Kumpels der Fürstlichen Gruben stoßen vor!

### Betriebsrat Fichert von den Fürstlichen Gruben fürchtet Belegschaftsversammlung — Die Belegschaft fordert eine solche

Waldenburg. Die Belegschaftsmitglieder der fürstlichen Gruben forderten von den Betriebsräten eine Belegschaftsversammlung, um gegen die Notverordnung von Papen, die sich ganz besonders gegen die Bergarbeiter brutal auswirken wird, Stellung zu nehmen. Der Betriebsratsvorsitzende Fichert lehnt die Einberufung einer Belegschaftsversammlung mit der Begründung ab, daß das nicht Aufgabe der Betriebsräte, sondern Aufgabe der Organisationen ist. Den wirklichen Grund jagte er einem Betriebsrat vom Bahnschacht, der ebenfalls ein Fichert herantrot und ihm erklärte, daß die Kameraden eine Belegschaftsversammlung forderten. Ihm erklärte er: „Wir und die SPD-Führer kriegen sow-also bloß Schande.“

Das ist allerhand Freigelt und schlechtes Gewissen. Er weiß eben, daß er und seine Genossen Führer in der Vergangenheit schwer an den Kumpels gefündigt haben und sie werden auch in Zukunft ihren Kurs nicht ändern.

Kameraden, wenn diese Leute absolut nicht kämpfen wollen, hängt sie einfach ab. Ihnen liegt das Wohl der Grubengewerkschaften mehr am Herzen, als euer Wohl. Wählt euch Kampfleitungen und nehmt dazu die besten Kumpels. Wartet nicht ab, bis der Lohnraub durchgeführt ist. Bereitet den Abwehrkampf vor. Nehmt euch ein Beispiel an den belgischen Bergarbeitern.

# Einheitskonferenz der jungen Bergarbeiter

### Für den 6-Stunden-Arbeitstag für Jungbergleute. Wählt auf jedem Schacht, in jeder Abteilung Jugenddelegierte zur Konferenz am Sonntag, 18. September in Waldenburg